

# STICHWORT BAYER

Die anderen Informationen  
zu einem multinationalen  
Chemiekonzern



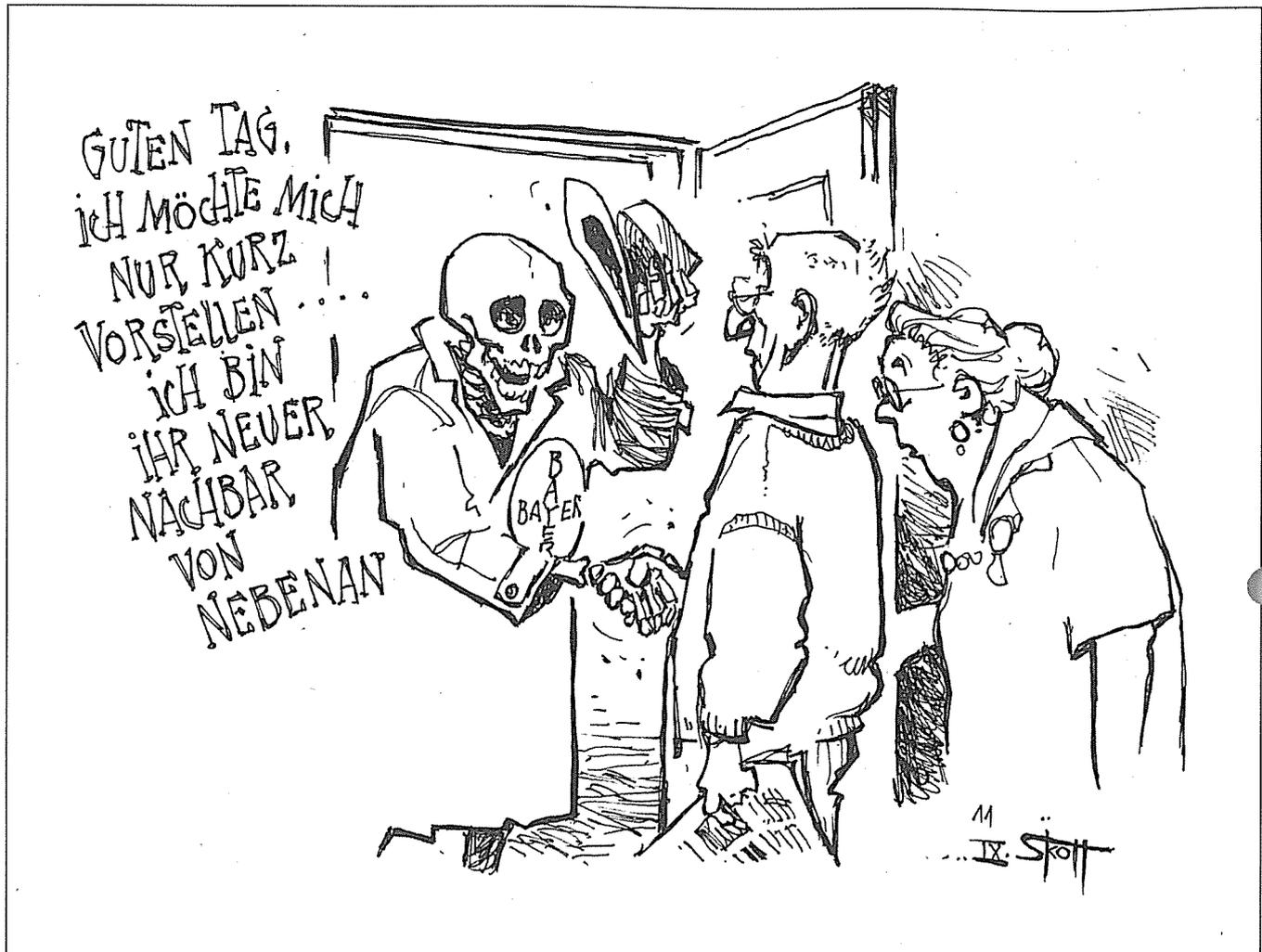
## TITEL:

Gefährliche Kunststoff-Produktion

## BAYER plant TDI-Werk

## WEITERE THEMEN:

- BAYER-Leiharbeiterin packt aus
- BAYERs Müllmitverbrennung
- Keine Kohlekraft für BAYER



Inhalt

- |  |   |
|--|---|
| <p><b>4 Sicherheitsrisiko Phosgen</b><br/>BAYER plant TDI-Anlage</p> <p><b>8 Allein in der BAYER-World</b><br/>Eine Leiharbeiterin packt aus</p> <p><b>10 Teurer Genreis</b><br/>GAU kostet BAYER 500 Millionen</p> <p><b>14 BAYER hat keine Kohle mehr</b><br/>Proteste verhindern Kraftwerk</p> <p><b>16 BAYERS schmutziger Strom</b><br/>Energieträger Müll</p> <p><b>20 BAYER heilt das Doppelkinn</b><br/>Die neue Antifett-Spritze</p> | <p><b>22 BAYER-Trikotsponsor bankrott</b><br/>Pleite is'n Klax mit TELDAFAX</p> <p><b>24 In Treue fest zu Franco</b><br/>Die IG FARBEN im Spanischen Bürgerkrieg</p> <p><b>30 CBG-Rettungskampagne</b><br/>Der neue Zwischenstand</p> <p><u>Rubriken</u></p> <p><b>3 Editorial</b></p> <p><b>5 Promis gegen Profit</b></p> <p><b>7 O-Ton BAYER, Echo</b></p> <p><b>9 Impressum</b></p> <p><b>28 CBG bei der Arbeit, Au weia, BAYER!</b></p> |
|--|---|



Dr. Angela Spelsberg ist Ärztliche Leiterin des Tumorzentrums in Aachen, Mitglied des Vorstandes und stellvertretende Leiterin der AG Gesundheit von TRANSPARENCY INTERNATIONAL DEUTSCHLAND e. V.

## Liebe Leserinnen und Leser,

Die deutsche Sektion von TRANSPARENCY INTERNATIONAL unterstützt die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN bei ihrer Klage gegen die Universität Köln auf Einsichtnahme in den Vertrag zur Forschungs-Kooperation mit der BAYER HEALTHCARE AG. Seit Jahren weigert sich die Hochschule, dieser Forderung nachzugeben. Die Bildungseinrichtung macht zur Begründung den Ausnahmetatbestand „Forschung“ im Informationsfreiheitsgesetz (IFG NRW) geltend, während BAYER sich auf den Ausnahmetatbestand „Betriebs- und Geschäftsgeheimnis“ beruft, obwohl das vor dem Landesbeauftragten für Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen keinen Bestand hatte.

Die Weigerung, den Vertrag zwischen der Universität zu Köln und der BAYER HEALTHCARE AG offenzulegen, ist für die AG Gesundheit von TRANSPARENCY INTERNATIONAL DEUTSCHLAND ein alarmierendes Zeichen. Die Universität Köln ist eine öffentliche, durch Steuergelder finanzierte Einrichtung, die daher der öffentlichen Kontrolle unterliegt. Potentielle Patientinnen und Patienten, die die Entscheidung zu treffen haben, ob sie sich in der Universitätsklinik oder in ihren Einrichtungen untersuchen und behandeln

lassen, haben ein Recht darauf, darüber informiert zu werden, welche Konsequenzen der Kontrakt auf ihre Behandlung bzw. auf Forschungsprojekte hat, an denen sie teilnehmen. Und ihre ÄrztInnen dürfen darüber auch nicht im Ungewissen gelassen werden.

BürgerInnen dieses Landes können vorerst nichts zu den Rahmenbedingungen der Kooperation erfahren und müssen zum Mittel der Klage greifen, um den Informationsanspruch durchzusetzen. Dies ist umso erstaunlicher, als der für das Wahrung des IFG zuständige Datenschutzbeauftragte des Landes NRW, Ulrich Lepper, die Universität zu Köln zur Veröffentlichung des Vertrags aufgefordert hat, da er die Gefährdung der Forschungsfreiheit durch Offenlegung des Vertrages für nicht gegeben hält - ebenso wenig wie die Gefährdung des Betriebsgeheimnisses.

Verträge zwischen Universitäten und mächtigen Firmen sind mittlerweile an der Tagesordnung. So wurde erst im Mai durch die taz bekannt, dass im Jahr 2006 ein Kooperations- und Sponsorenvertrag zwischen DEUTSCHER BANK, der Humboldt-Universität Berlin und der Technischen Universität Berlin geschlossen wurde. Danach wurden dem Geld-Institut

umfassende Mitwirkungsrechte bei Forschungsprojekten, Mitspracherechte bei der Ausrichtung und Besetzung von Professuren und das Recht auf PR-Veranstaltungen eingeräumt. Unabhängige Forschungstätigkeit sieht anders aus!

Solche Verträge müssen offengelegt werden, damit der versteckten Einflussnahme von Interessengruppen auf Forschung und Lehre entgegengetreten werden kann. Ohne Zugang zu den Verträgen über das IFG ist eine demokratische Kontrolle öffentlicher Einrichtungen und der Schutz öffentlicher Güter vor Missbrauch kaum möglich. Die Antikorruptionsorganisation TRANSPARENCY INTERNATIONAL DEUTSCHLAND e. V. hat sich deshalb dazu entschlossen, die Klage der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN auch finanziell zu unterstützen. Die gerichtliche Entscheidung, der wir mit Spannung entgensehen, hat große Bedeutung für uns alle. Wir wünschen der CBG viel Erfolg!

CBG reicht Einwendung ein

# Portest gegen TDI-Fabrik



Standort der geplanten TDI-Anlage

*Der BAYER-Konzern will am Standort Dormagen eine neue Anlage zur Herstellung von TDI bauen. Da bei der Fertigung dieses Kunststoffes riesige Mengen des Giftgases Phosgen zum Einsatz kommen und die Fertigungstätte zudem nicht den Mindestabstand zu Wohnsiedlungen einhält, wendet sich die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) gegen die Pläne. Sie reichte bei der Bezirksregierung eine Einwendung ein, was unter Umweltverbänden und AnwohnerInnen zahlreiche Nachahmer fand, und sammelte mehr als 12.000 Unterschriften.*

Von Philipp Mimkes

Die BAYER MATERIALSCIENCE AG will in den Werken Dormagen und Brunsbüttel die Herstellung von Toluyldiisocyanat (TDI) und Methyldiisocyanat (MDI) stark ausweiten. Die beiden Kunststoffe gehören zur Gruppe der Polyurethane. TDI ist ein Weichschaum, der u. a. beim Bau von Fahrzeugsitzen, Matratzen oder Bürostühlen benötigt wird; MDI findet vornehmlich bei der Herstellung von Dämmplatten Verwendung. In beiden Fällen

nutzt der Konzern dabei Phosgen als Zwischenprodukt. Die Substanz, die bereits im Grammbereich tödlich wirken kann, kam im Ersten Weltkrieg als Kampfgas zum Einsatz und gilt als eine der giftigsten Industrie-Chemikalien überhaupt.

Weit vorangeschritten ist die Planung in Dormagen, wo der Leverkusener Multi beabsichtigt, die TDI-Produktion von derzeit 60.000 auf 300.000 Jahrestonnen zu erhöhen. Er reichte den aus 24 Aktenord-

nern bestehenden Genehmigungsantrag für die 150 Millionen teure Anlage, die 2014 in Betrieb gehen soll, im Frühjahr bei der Bezirksregierung Köln ein. Bis zum Juni lagen die Dokumente zur öffentlichen Einsichtnahme aus.

## **Muster-Einwendung**

Aus dem Desaster um die Kohlenmonoxid-Pipeline, die wegen der öffentlichen Proteste auch fünf Jahre nach Baubeginn

noch nicht in Betrieb gegangen ist, hat BAYER offenbar gelernt. Der Konzern kommunizierte deutlich mehr Informationen als bei früheren Projekten, insbesondere zum Umfang der eingesetzten Chemikalien. Zudem kommt das Unternehmen einer Jahrzehnte alten Forderung der Umweltverbände nach: Es hat vor, die gefährlichsten Teile der Fabrik, die bislang immer im Freien standen, mit einer Schutzhülle zu versehen. Bereits seit den 80er Jahren drängen die Initiativen auf eine solche Einhausung. Der jetzt angekündigte Schritt stellt einen wichtigen Erfolg für sie dar, denn auch künftige Anlagen werden hinter diese verbesserte Sicherheitstechnik kaum zurückfallen können.

Dennoch kritisiert die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) die Planungen. Angesichts einer Lebensdauer von bis zu 40 Jahren würde die TDI-Anlage über Jahrzehnte hinweg den risiko-reichen Einsatz von Phosgen sowie die umweltschädliche Chlorchemie insgesamt zementieren. Zudem weist die Fabrik nicht den notwendigen Abstand zur Werksgrenze auf.

Die CBG veröffentlichte daher Anfang Juli eine sechsseitige Muster-Einwendung gegen das Vorhaben und rief die Bevölkerung zu weiteren Stellungnahmen auf. Die örtliche Presse berichtete umfangreich, zahlreiche Anfragen von AnwohnerInnen gingen ein, und mehrfach wurden Vertreter der CBG zu Diskussionen eingeladen. Mindestens 50 Einzelpersonen reichten daraufhin eigene Einwendungen ein. Auch der Umweltverband BUND, die Dormagener und Monheimer Grünen sowie die Stadt Monheim beteiligten sich an dem

Verfahren mit kritischen Stellungnahmen. Im Oktober werden alle die Gelegenheit haben, ihre Bedenken bei einem öffentlichen Erörterungstermin vorzutragen.

### Kein Worst-Case-Szenario

Kernpunkt der Kritik sind die Risiken hochgiftiger Substanzen, die massenhaft Verwendung finden sollen. Laut Antragsunterlagen werden sich in der Anlage zu jedem Zeitpunkt 60 Tonnen Phosgen, 25 Tonnen Ammoniak, 2.900 Tonnen TDI und mehr als 1.000 Tonnen Dichlorbenzol befinden. Über das Jahr verteilt ist der Einsatz von 365.000 Tonnen Phosgen, 260.000 Tonnen Chlor und 105.000 Tonnen Kohlenmonoxid vorgesehen. Dennoch fehlen in den Antragsunterlagen jegliche Worst-Case-Studien für den Fall eines Austritts größerer Mengen Chemikalien. Existierende Szenarien, die für Phosgen von einer Gefährdung in einem Radius von mehreren Kilometern ausgehen, erwähnt der Konzern erst gar nicht.

Wörtlich heißt es daher in der Stellungnahme der CBG: „In den Antragsunterlagen wird die Möglichkeit eines Austritts großer Mengen Phosgen oder TDI nicht berücksichtigt. Auch wenn die Eintrittswahrscheinlichkeit eines solchen Vorfalles relativ gering ist, muss sie aufgrund der potenziell katastrophalen Auswirkungen unbedingt untersucht werden. Nicht nur der GAU von Fukushima, sondern auch die Störfälle bei BAYER Baytown (2006), BAYER Institute (2008) oder INEOS Dormagen (2008) zeigen, dass sich Störfälle nicht an vorhersehbare Abläufe halten. Daher muss auch für unwahrscheinliche Szenarien Vorsorge getroffen werden“.

## Promis gegen Profit

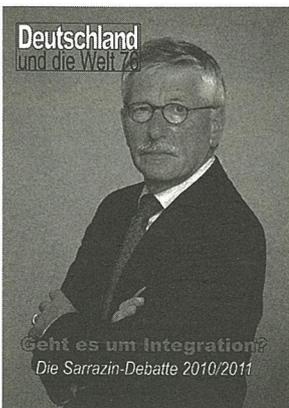


„Es geschah Ende 1999 während einer vorweihnachtlichen Sitzung des rot-grünen Bundeskabinetts im alten Staatsrats-

gebäude der ehemaligen DDR (...) Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* hatte an jenem Mittwochmorgen in einer ein-spaltigen Meldung auf der ersten Seite darauf hingewiesen, dass sich in Hans Eichels großvolumiger Steuerreform ein Geschenk der besonderen Art verberge: Der Verzicht auf die bisherige Art der Körperschaftssteuer würde den deutschen Banken und Versicherungen Einnahmen von mehr als 23,6 Milliarden Euro in die Bilanzen spülen. Die gewaltige Summe würde dem Fiskus spätestens im Jahr 2002 fehlen (...) Ein erstaunter Minister fragte Hans Eichel mit keineswegs gespielter Überraschung, ob das denn stimme (...) Hans Eichel wandte sich seinem sozialdemokratischen Staatssekretär Heribert Zitzelsberger zu. Der saß am Katzentisch hinter der Kabinettsrunde und bestätigte die erstaunliche Meldung, als hätte es sein Minister nicht gewusst. Aber der wusste es - und sein Kanzler wusste es auch (...) Der ehemalige Steuerabteilungsleiter der BAYER AG Zitzelsberger war der eigentliche Urheber dieser angeblich strategischen Großmutsregelung. Nicht nur die Minister, auch die meisten Berliner Wirtschaftskorrespondenten hatten die Pressemitteilung des Finanzministers zur Steuerreform auf Seite zwölf überlesen: „Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen, die eine Kapitalgesellschaft an einer anderen Kapitalgesellschaft hält, sind nicht steuerpflichtig“. Die Regelung hatte obendrein rückwirkenden Charakter. Die Unternehmen durften bereits mit vierzig Prozent versteuerte, aber einbehaltene Gewinne der Jahre 1999 und 2000 im Nachhinein mit lediglich 25 Prozent versteuern - und Rückforderungen an den Fiskus stellen: rund 400 Millionen Euro zu ihren Gunsten. Eine ‚linke‘ Regierung subventionierte also das deutsche Großkapital.“

*Auszug aus dem Artikel „Auch die Linken haben nichts gehäht“ vom ehemaligen Kulturstaatsminister Michael Naumann, veröffentlicht am 28.8.11 in der Faz.*

# Sarrazin



### Vorstellung des Buches

„Deutschland schafft sich ab“, Korrektur der wichtigsten Falschinformationen und Verzerrungen.

### Ist Integration gescheitert?

Argumentationshilfe für alle, die sich ersthaft mit der Integrationspolitik in Deutschland befassen.

Reinhard Pohl: **Geht es um Integration?**

**Die Sarrazin-Debatte 2010/2011**

2011, 48 Seiten, 2 Euro

Online bestellen: [www.brd-dritte-welt.de](http://www.brd-dritte-welt.de)

Außerdem verlangt die Coordination zusätzliche Schutzmaßnahmen für den Fall einer Beschädigung der Einhausung von außen oder im Fall einer Explosion innerhalb der Schutzhülle. Ein solcher Schutz wäre z. B. durch Einsprühen von Ammoniak-Dampf zu erreichen, womit sich Phosgen neutralisieren ließe. Bei bestehenden Anlagen sind Düsen angebracht, aus denen im Fall eines Phosgen-Austritts konzentrierte Ammoniak-Lösung herausschießt. Zum letzten Mal musste diese Technik am 21.11.09 in Dormagen Schlimmeres verhindern. BAYER verzichtet wegen der Einhausung auf diesen zusätzlichen Schutz. Wegen der extremen Gefährlichkeit von Phosgen fordert die CBG jedoch ein solches doppeltes Sicherheits-System. Notwendig sind zudem unterschiedlich weit von der Anlage entfernte Phosgen-Detektoren, welche die Leitwarte kontinuierlich überwacht, so dass notfalls die Möglichkeit besteht, die Bevölkerung zu warnen.

**Ungenügender Abstand**

Rund 300 Meter von der Anlage entfernt liegt die Werksgrenze, an der sich u. a. eine Haltestelle der S-Bahn und eine viel befahrene Straße befinden. Die nächstgelegene Wohnbebauung liegt einen Kilometer entfernt. Die jüngsten Empfehlungen der vom Bundesumweltministerium eingesetzten „Kommission für Anlagensicherheit“ legen für Phosgen-Anlagen jedoch einen Mindestabstand von 1.500m zu bewohnten Gebieten fest. Viele Experten fordern sogar noch größere Entfernungen. Die Vorgabe von 1.500m muss daher dringend eingehalten werden.

Auch fehlt in den Antragsunterlagen jeglicher Hinweis auf vorhergehende Störfälle in der TDI-Produktion. Zwar heißt es in dem Antrag, dass BAYER „weltweit lange Betriebserfahrung mit Anlagen gleicher

Art“ besitzt. Unerwähnt bleibt jedoch z. B. die schwere Explosion im September 2006 in einem texanischen BAYER-Werk, bei der ein mit TDI gefüllter Reaktor in die Luft flog und mehrere Tonnen giftiger Chemikalien austraten. Mehr als 20 ArbeiterInnen wurden dabei verletzt. Die beauftragten GutachterInnen stellten eine „grobe Fahrlässigkeit“ der Werksleitung fest, der Störfall hätte demnach verhindert werden können. Die CBG hat die Expertise online gestellt und der Einwendung beigelegt.

1997 kam es in Dormagen zu einer schweren Explosion in der Produktion von TDA, einem Vorprodukt von TDI. Ein Reaktor explodierte und giftige Stoffe spritzten bis über die Werksgrenze. Dieser Störfall von 1997 nahm eine wichtige Rolle in dem Genehmigungsverfahren für eine TDI-Anlage von BAYER in Taiwan ein, die wegen Sicherheitsbedenken letztlich nicht gebaut wurde.

Die Explosion von 2006 und die früheren Störfälle sind ein Beleg dafür, dass es nötig ist, für größere Schäden innerhalb der Einhausung Vorsorge zu treffen. Auch muss das Unternehmen erläutern, wie es Domino-Effekte mit benachbarten Anlagen oder Pipelines ausschließen will, denn rund um die geplante TDI-Anlage befinden sich zahlreiche Chemikalien-Lager, Rohrleitungen und störfall-gefährdete Fertigungsstätten. Ein solcher Domino-Effekt führte 2008 zu dem verheerenden Unfall bei INEOS Dormagen (der früheren BAYER ERDÖLCHEMIE), als der Brand einer defekten Pipeline auf einen Chemikalien-Tank übergriff.

**Giftige Emissionen**

Der Betrieb der Anlage würde zu direkten Emissionen in die Luft von 163 Tonnen Schwefeldioxid, 13 Tonnen Staub, 65 Tonnen Kohlenmonoxid und 20 Tonnen

Salzsäure führen. Zudem entstehen bei der TDI-Produktion jährlich 10.900 Tonnen Sondermüll. Diesen will BAYER dann auch noch teilweise in Kraftwerken als Brennstoff verfeuern, was zu deutlich höheren Emissionen führt als die Verbrennung in einer Sondermüllverbrennungsanlage.

Insgesamt ist die Produktion von TDI extrem energie-aufwendig. Für jede Tonne TDI entstehen rund 5 Tonnen Kohlendioxid. Dennoch fehlt in den Antragsunterlagen eine Schadstoff- und Klima-Bilanz für den kompletten Herstellungsprozess.

Darüber hinaus werden Flugzeug-Abstürze in dem Genehmigungsantrag bewusst ausgeklammert. Dies ist angesichts der zahlreichen Flugbewegungen in der Rheinschiene nicht zu tolerieren. Für die Anlage müsste ein weiträumiges Überflugverbot gelten, sollte die geplante Schutzhülle dem Absturz eines Verkehrsflugzeugs oder eines Militär-Jets nicht widerstehen können.

**Getrennte Verfahren**

Der BUND weist in seiner Einwendung auf eine Vielzahl weiterer Probleme hin, u. a. auf die geplante Einleitung von Salzen in den Rhein, die hohe Wasser-Entnahme und eine fehlende Energie-Bilanz. Insbesondere kritisiert der BUND die Splittung des Genehmigungsverfahrens: Für die drastische Erweiterung der TDI-Herstellung müssen auch neue Anlagen zur Produktion gefährlicher Stoffe wie Salzsäure, TDA und Kohlenmonoxid gebaut werden. Dies führt zu weiteren Emissionen und Störfall-Risiken. Hierfür strengte BAYER eigene, z. T. zeitverscho-bene Genehmigungsverfahren an, obwohl die seit 2010 gültige EU-Richtlinie für Industrie-Emissionen (IED) verlangt, alle Teilvorhaben größerer Anlagen gemeinsam zu prüfen. Das macht die Übersicht über die gesamte Umweltbelastung prak-

www.marxistische-blaetter.de

**Produktivkräfte – Wachstumsgrenzen**

Wachstum und Wachstumskritik **Robert Steigerwald** | Von der Revolutionierung der Produktivkräfte zur Entwicklung der Gemeingüter **Peter Fleissner und Andreas Exner** | Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie (Auszug) **Friedrich Engels** | Wo die Wachstumskritiker landen **Lucas Zeise** Wachstumskritik oder sozialistische Politik | **Ralf Krämer** Die Umweltfrage durch Armut und Askese lösen? **Herbert Schui** | Enterprise 2.0 oder die Gier nach dem Gold in den Köpfen“ **Thomas Hagenhofer** | Was die Handmühle hergibt **Tobias Kriele**

**Weitere Themen:** EU-Krise, Atomausstieg, BRD-Rüstungsexporte, Israel kritik und Antisemitismus, Überfall auf die Sowjetunion, DDR-Literatur, Selbstständige und Gewerkschaften, DKP und Einheitsgewerkschaft heute

**Einzelheft:** 128 S., 9,50 € • Jahresabo: 48,00 € • Ermäßiggt: 32,00 €  
 Ältere Hefte schicken wir gerne auch kostenlos zu.

**Bestellung:** Neue Impulse Verlag • Hoffnungstr. 18 • 45127 Essen • Tel.: 0201-24 86 48 2 • Fax: 0201-24 86 48 4  
 E-Mail: info@neue-impulse-verlag.de



NEUE IMPULSE VERLAG

tisch unmöglich - und soll es auch: Nach Auffassung des BUND erschwert der Pharma-Riese hierdurch die Arbeit von EinwenderInnen und Umweltverbänden bewusst.

Die Stadt Monheim hingegen führt in ihrer Stellungnahme zahlreiche von der CBG monierte Probleme auf, insbesondere den mangelnden Abstand der Anlage zur Werksgrenze und fehlende Worst-Case-Szenarien. Die Stadt fordert die Genehmigungsbehörden auf, sich angesichts der langen Laufzeit der Anlagen regelmäßig zu informieren, ob phosgenfreie Verfahren zur TDI-Produktion vorliegen und gegebenenfalls eine Umrüstung vorzuschreiben. Auch verlangt die in Windrichtung der geplanten Anlage gelegene Stadt den Bau von Hochleistungs-Sirenen zur Warnung der Bevölkerung.

### Öffentliche Erörterung

Grundsätzlich haben Unternehmen die Verwendung hochgefährlicher Stoffe wie Phosgen möglichst zu vermeiden. Wenn dies unter keinen Umständen möglich ist, müssen zumindest maximale Sicherheitsvorkehrungen gelten. Dies ist bei den bisherigen Planungen nicht der Fall.

Die Chemie-Industrie ist zudem aufgefordert, risikolosere Produktionsmethoden zu entwickeln und energie-intensive Produkte wie TDI und MDI mittelfristig durch ökologischere Stoffe zu substituieren. BAYER hat nach eigenen Angaben an alternativen Verfahren zur Produktion von Polyurethanen gearbeitet und hält hierzu eine Reihe von Patenten. Einen großtechnischen Einsatz phosgenfreier Verfahren bezeichnet das Unternehmen jedoch als zu aufwendig.

BAYER hat jüngst angekündigt, in Dormagen ein Forschungslabor für Kunststoffe zu bauen. Nach Auffassung der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN sollte der Konzern alle Anstrengungen darauf konzentrieren, phosgenfreie Verfahren zur Serienreife zu bringen. Zur Bekräftigung dieser Forderung hat die CBG zusammen mit der Initiative RETTET DEN REGENWALD mehr als 12.400 Unterschriften gesammelt.

In der öffentlichen Erörterung am 5./6. Oktober wird die Coordination gemeinsam mit dem BUND sowohl die grundsätzliche Kritik an der Phosgen-Chemie vortragen, als auch die speziellen Probleme der geplanten TDI-Anlage zur Sprache bringen. In der gegenwärtigen Form hält die CBG den Antrag von BAYER für nicht genehmigungsfähig.

### O-Ton BAYER



„Deutschland wird als Produktionsstandort für die energieintensive Industrie immer unattraktiver. Die Energiepreise werden weiter steigen, dabei haben wir bereits heute die höchsten in der EU. Es ist wichtig, dass wir im Vergleich mit anderen Ländern wettbewerbsfähig bleiben. Ansonsten kann sich ein globales Unternehmen wie BAYER überlegen, seine Produktionen in Länder mit niedrigeren Energie-Kosten zu verlagern.“

Bayer-Chef Marijn Dekkers in einem Interview mit der WirtschaftsWoche.

Bayer-Chef Marijn Dekkers in einem Interview mit der WirtschaftsWoche.

### Echo

K.-H. R. (Zum Pipeline-Urteil): Congratulations für diesen Erfolg - und weiter so!

M. M. (Zum Pipeline-Urteil): Ich habe es gestern im Radio gehört und mich sehr gefreut über Ihren Erfolg, da ich Ihre Aktivitäten stets verfolge.

M. F. (ehem. Anwohner eines BAYER-Werkes): Ich wünsche euch (auch im Namen meiner früheren Nachbarn) viel Erfolg bei eurer Arbeit. Denkt immer dran: Ihr seid die Guten, und es ist gut, dass es euch gibt!

R. S.: Die CBG ist ein wichtiger Motor zur Eindämmung industrieller Macht.

J. B.: Most of the information I get about BAYER is what your organization puts out (...) You are doing vital work.

# Waterkant

UMWELT + MENSCH + ARBEIT IN DER NORDSEEREGION [WWW.WATERKANT.INFO](http://WWW.WATERKANT.INFO)

ISSN 1611-1583

Vier Ausgaben pro Jahr  
Erscheint seit 1986

**Meeresumwelt- und Naturschutz  
Schifffahrt und Häfen  
Küstenregion und Flüsse  
Ressourcen und Arbeit**

KLAR,  
die haben  
doch gerade  
ihre 100. Aus-  
gabe zu Papier  
gebracht.

Wie -  
die gibt's noch?

WATERKANT!

Herausgeber: Förderkreis WATERKANT e. V.  
Kostenloses Ansichtsexemplar und Abonnement:  
[abo@waterkant.info](mailto:abo@waterkant.info) oder [www.waterkant.info](http://www.waterkant.info) oder  
Aboverwaltung WATERKANT, Kirchringstraße 2 / 12, 26736 Krummhörn

Eine Leiharbeiterin packt aus

# Isoliert in BAYER-World



BAYERs Pillen-Werk in Berlin

*Ungefähr 650 LeiharbeiterInnen beschäftigt der Leverkusener Multi nach eigenen Angaben. Ihr trauriges Los in der Pillen-Produktion beschrieb der Journalist Markus Breitscheitel 2008 in seinem Buch „Arm durch Arbeit“ (SWB 4/08). Geändert hat sich seitdem nichts, wie ein Erfahrungsbericht zeigt, den die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN erhielt.*

Von Melanie Suchart\*

Mein Name ist Melanie, ich bin 25 Jahre alt und verlor in Deutschland jegliche Hoffnung für Deutschland.

Im August 2010 kam ich zurück nach Berlin, zurück aus Australien. Ich freute mich sehr, meine FreundInnen wiederzusehen, wieder nach Berlin zu ziehen und zu leben.

Ich meldete mich arbeitssuchend, das Jobcenter in Neukölln gab mir eine Adresse nach der anderen, überwiegend Leiharbeitsfirmen, und ich bewarb mich fleißig. Im November wurde ich dann von JOBACTIVE (im Februar 2010 vom Leverkusener Multi verkaufte Zeitarbeitsfirma, Anm. SWB) eingestellt. Mein Ein-

satzort war BAYER in Berlin, die Arbeit Verpackung der Anti-Baby-Pille.

Schon beim Einstellungsgespräch warnte mich der Personalchef meiner Abteilung vor den etwas ruppigen ArbeitskollegInnen: Ich bräuchte ein dickes Fell. Na gut, was tut man nicht alles, wenn man keine Wahl hat, dachte ich. Schon nach wenigen Tagen auf Arbeit fühlte ich die Unzufriedenheit und Frustration meiner neuen KollegInnen. Es gab viele LeiharbeiterInnen in meinem Bereich, man erkannte sie gut. Kein BAYER-Logo auf dem mint-grünen Kittel, wie es Festangestellte tragen dürfen. Die KollegInnen ärgerten sich über die Lügen der Chef-Etage und waren nie-

dergeschlagen durch das Gefühl, jederzeit ersetzbar zu sein. Die Alteingesessenen hingegen klagten über ständig wechselnde LeiharbeiterInnen, welche immer und immer wieder neu angeleitet werden müssen. Sie, die schon einige Jahre auf dem Buckel hatten bei BAYER oder SCHERING, hatten genug davon, alles ständig neu erklären zu müssen. Es bedeutete Stress für sie, mehr Arbeit und auch mehr Fehlerquellen. Es war nicht ihre Absicht, das die LeiharbeiterInnen spüren zu lassen, doch ich spürte es und alle ZeitarbeiterInnen mit mir.

Teamgefühl kann sich nicht entwickeln unter der Belegschaft, neue Namen, neue

Gesichter am laufendem Band. Vielleicht ist dies nicht nur ein Nebeneffekt, vielleicht ist es gewollt, dass KollegInnen nicht zu stark zusammenwachsen. Jeder kämpft für sich, und der Gegner ist riesig und unsichtbar. Aus Gesprächen am Frühstückstisch hörte ich, dass die Krankenzahl enorm zunimmt und die fünf Prozent längst überschritten hat. Dies ist nur ein weiteres Indiz für die Unzufriedenheit der ArbeiterInnen.

Die Firmenleitung leierte mehr und mehr Projekte an. Man wurde gefilmt bei der Arbeit, man hatte dann einen so genannten Schatten hinter sich, der jeden Hand-

**Riesige Tafeln an jedem Arbeitsplatz sollten den MitarbeiterInnen die Schwächen in Arbeitsabläufen nahe bringen und motivieren, noch schneller, noch effizienter zu arbeiten**

griff dokumentiert. Das alles im Namen der Optimierung. Riesige Tafeln an jedem Arbeitsplatz sollten den MitarbeiterInnen die Schwächen in Arbeitsabläufen nahe bringen und sie motivieren, noch schneller, noch effizienter zu arbeiten. Was kosten diese Firmen, die ins Haus geholt werden, um nach Optimierungspotential zu suchen? Warum immer mehr Einsparungen und Outsourcing? Die Erklärungen der Chefetage sind schon lange nicht mehr überzeugend, es sind Lügen, und ich frage mich, ob diese Leute sich noch im Spiegel anschauen können.

Ich lavierte mich durch die miese Stimmung, ohne mich anstecken zu lassen. Zweimal jedoch brach auch mein Wille, und Tränen füllten meine Augen. Ich weiß nicht, wie ich es beschreiben soll, doch die Arbeit in diesem Umfeld kratzte an meiner Psyche. Isoliert in BAYER-World,

acht Stunden pro Tag. Viel denken braucht man dort nicht, sollte man nicht, um seine Seele zu schonen. Ich arbeitete mich fix ein und kam zurecht, ich tat, was ich zu tun hatte, im Hinterkopf immer die Drohkulisse, dass mein Vertrag nur bis Ende des Jahres geht.

Natürlich wurde ich verlängert. Man eröffnete es mir sage und schreibe eine Woche, bevor der alte Vertrag auslief. Das sei normal, so lief das hier immer, wurde mir gesagt.

Ich blieb bis Ende Juni 2011. Viele, viele Ungerechtigkeiten konnte ich erleben oder hörte darüber. Es gibt dort LeiharbeiterInnen, die schon seit vier Jahren immer wieder neue Verträge bekommen. BAYER schiebt sie von einem „Projekt“ in das nächste, um rechtlich sauber zu bleiben. Es gab ein Sommerfest, alle waren eingeladen - außer die LeiharbeiterInnen. Individuell angefertigte Ohrstöpsel zum Schutz vor dem Lärm bekamen sie auch nicht, das blieb den Festangestellten vorbehalten.

Über die unterschiedliche Bezahlung von LeiharbeiterInnen und Festangestellten will ich nur eins sagen. Ich bin nicht der Meinung, dass neuen ArbeiterInnen die gleiche Entlohnung zusteht wie solchen, die schon seit zehn Jahren im Betrieb sind, doch spielen andere Faktoren, wie z. B. das höhere Risiko einer Arbeitslosigkeit eine Rolle, dies sollte in den Tarifen Beachtung finden. Und LeiharbeiterInnen, die nach zwölf Monaten alle Arbeiten so ausführen wie die Festen, sollten das Recht auf eine Lohnerhöhung haben. Auch müssten sie denselben Urlaubsanspruch haben.

Ich hätte einen neuen Vertrag bekommen, doch ich wollte nicht mehr. Ich gehe zurück nach Australien, denn in meinem Land läuft zu viel falsch.

*\*Name von der Redaktion geändert*

## Impressum



Stichwort BAYER - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern  
29. Jahrgang  
Postvertriebsstück G 10848  
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,  
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:  
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)  
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER - weltweit.  
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.  
e-mail: CBGnetwork@aol.com  
http://www.CBGnetwork.org  
Wir bitten um Zusendung von LeserInnen-, Protest- und Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Mitwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. *Stichwort BAYER* braucht AbonnentInnen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie *Stichwort BAYER* automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von *Stichwort BAYER* wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen, in *Stichwort BAYER* behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: V.i.S.d.P. Hubert Ostendorf (ho), CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Mitarbeit: Philipp Mimkes (pm), Uwe Friedrich (uf), Jan Pehrke (jp), Udo Hörster (uh)

Verlag: Eigenverlag

Vertrieb: CBG

Layout: Michaela Justus

Druck: Mediengruppe Neuer Weg GmbH

Bankverbindung: GLS-Bank, Konto-Nr. 8016533000  
BLZ 430 609 67, IBAN DE88 430 609 67 8016 533 000  
BIC GENODEM1GLS

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.2005 (1/1 S. sw 800,- Euro, zzgl. MWST.)

*Stichwort BAYER* erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils zum Ende des Quartals.

### Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll *Stichwort BAYER* Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.

Der Nachdruck von Artikeln aus *Stichwort BAYER* ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Diskette oder eMail bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Fotografien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in *Stichwort BAYER* ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

### Auszeichnungen:

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen sowie 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Das CBG-Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura erhielt den „Preis für Zivilcourage 2000“.

Beirat: Dr. Erika Abczynski/Kinderärztin/Dormagen, Eva Bulling-Schröter/Mitglied des Bundestags/Berlin, Wolfram Esche/Rechtsanwalt/ Köln, Prof. Jürgen Junginger/Designer/Krefeld, Dr. Sigrid Müller/Pharmakologin/Bremen, Prof. Dr. Jürgen Rochlitz/Chemiker/Burgwald, Prof. Rainer Roth/Sozialwissenschaftler/Frankfurt, Dr. Janis Schmelzer/Historiker/Berlin, Prof. Dr. Anton Schneider/Baubiologe/Holzham, Dorothee Sölle/Theologin/Hamburg (+ 2003)

Probeheft gratis!  
Jahresabo 9 EUR

**Aktuelle Ausgabe - Direkte Aktion:**

## Wettbewerb total: Die Ökonomie des Sports

**Aus dem Inhalt:** ▶ Sport als Wirtschaftsfaktor & Unterhaltungsindustrie ▶ Interview Fußballergewerkschaft ▶ Gegenolympiade 1936 in Barcelona ▶ Arbeitskämpfe im internat. Profisport ▶ (Un-)Sinn der „Mega-Sport-Events“? ▶ Vom Mythos der Arbeitervereine ▶ Leiharbeit in AKWs ▶ Streikkultur: Wehtun mit soz. Verantwortung ▶ Aufstände in Spanien, Griechenland und arabischen Ländern ▶ „Rotzfreche Asphaltkultur“ ▶ Sozialrevolutionäres Kreuzwörterrätsel u.v.m. auf 16 Seiten

www.direkteaktion.org

Kampagne gegen Gen-Reis erfolgreich

# BAYER zahlt Millionen



Der bekannte Karikaturist Carlos Latuff hat für die Kampagne Karikaturen bereitgestellt

Seit sieben Jahren führt die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN eine Kampagne zur Verhinderung einer EU-Zulassung von genmanipuliertem Reis. Nun errang sie einen wichtigen Erfolg: Wegen der Kontamination herkömmlicher Reis-Sorten mit Laborfrüchten muss BAYER mehr als eine halbe Milliarde Euro Entschädigungen zahlen. Eine Importzulassung in die EU rückt dadurch weiter in die Ferne.

Von Philipp Mimkes

Im Jahr 2006 tauchte gentechnisch veränderter Langkorn-Reis von BAYER weltweit in den Supermärkten auf. In keinem Land der Erde lag zu diesem Zeitpunkt eine Zulassung der Sorte mit der Bezeichnung LL

601 vor. Rund ein Drittel der US-amerikanischen Ernte war verunreinigt. Die EU und Japan stoppten daraufhin alle Importe aus dem Land, die betroffenen LandwirtInnen blieben auf ihrer Ernte sitzen.

Über Jahre hinweg weigerte sich das Unternehmen, für den Schaden aufzukommen. Anfang Juli musste BAYER jedoch einer Schadensersatz-Regelung zustimmen, wonach den FarmerInnen eine Kom-

pensation von mehr als einer halben Milliarde Euro zusteht - das sind selbst für einen Weltkonzern keine peanuts. Freiwillig erfolgte die Kehrtwende natürlich nicht: Dutzende LandwirtInnen hatten Klagen eingereicht, und da die ersten Verfahren ausnahmslos zu Gunsten der Bauern und Bäuerinnen ausgingen, zog der Leverkusener Multi nun die Notbremse und stimmte einer generellen Entschädigung zu. Damit der Vergleich rechtskräftig wird, müssen 85 Prozent der LandwirtInnen zustim-

**Anfang Juli musste BAYER jedoch einer Schadensersatz-Regelung zustimmen, wonach den FarmerInnen eine Kompensation von mehr als einer halben Milliarde Euro zusteht**

men. Die Annahme der Regelung gilt als sicher.

Axel Köhler-Schnura vom Vorstand der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG): „Wir gratulieren den amerikanischen Landwirten zu diesem mühsam erstrittenen Erfolg. Die Europäische Union ist nun aufgefordert, den Antrag von BAYER CROPSCIENCE auf Import-Zulassung für Gen-Reis endgültig abzulehnen. Der Kontaminationskandal zeigt einmal mehr, dass die Risiken gentechnischer Pflanzen schlicht unkalkulierbar sind!“. Die CBG kooperiert seit Jahren mit den AnwältInnen der Reis-Bauern und -bäuerinnen und setzte das Thema wiederholt auf die Tagesordnung der jährlichen BAYER-Hauptversammlung, zuletzt im April



Genreis-Produktion

2011, aber der Vorstand zeigte sich beraterresistent: Er bestritt stets die Risiken und lehnte eine Entschädigung ab.

Zunächst hatte der Gen-Gigant die Betroffenen sogar verhöhnt, indem er die Auskreuzungen als „Act of God“, also als höhere Gewalt bezeichnete. „Die weitreichende Kontamination war keineswegs unabweichlich. Gemeinsam mit anderen Umweltverbänden hatten wir schon Jahre zuvor gewarnt, dass der Einsatz von Gen-Reis zu Auskreuzungen und zur Verdrängung herkömmlicher Sorten führt“, kritisiert Köhler-Schnura deshalb.

Seinen Ausgang nahm das Desaster, dessen Ende immer noch nicht abzusehen ist - erst im Februar dieses Jahres tauchte

der LL-Reis in chinesischen Supermarkt-Sorten auf - vor rund zehn Jahren. Bei den Freilandversuchen mit LIBERTYLINK-Reis, den das 2002 von BAYER aufgekaufte Unternehmen AVENTIS gemeinsam mit der „Louisiana State University“ durchführte, kam es höchstwahrscheinlich zu den Auskreuzungen. Trotz mehrjähriger Untersuchungen gelang es jedoch nie, den genauen „Tathergang“ aufzuklären - ein weiterer Beleg für die Unbeherrschbarkeit dieser Technologie.

Der so genannte LIBERTYLINK-Reis besitzt eine Resistenz gegen das hochgefährliche Herbizid Glufosinat (Handelsname: LIBERTY), das sich ebenfalls im BAYER-Angebot befindet. Die gen-manipulier-

**analyse & kritik**

nachrichten aus dem prekären leben

analyse & kritik

**Zeitung für linke Debatte und Praxis testen: 3 Ausgaben für 5 Euro  
Infos und Bestellungen: [www.akweb.de](http://www.akweb.de)**

ten Pflanzen sind gegen den Wirkstoff unempfindlich; die LandwirtInnen können das Pestizid daher in großen Mengen verwenden, ohne die Nutzpflanze zu schädigen. Die LIBERTYLINK-Technologie, die auch bei Mais, Soja, Zuckerrüben und anderen Pflanzen zum Einsatz kommt, dient in erster Linie der Sicherung des

**Trotz mehrjähriger Untersuchungen gelang es nie, den genauen „Tathergang“ der Auskreuzung aufzuklären - ein weiterer Beleg für die Unbeherrschbarkeit dieser Technologie**

Absatzes von Glufosinat. Allein im vergangenen Jahr betrug der Umsatz mit dem Wirkstoff 270 Millionen Euro. Glufosinat gehört zu denjenigen Pestiziden, die wegen erwiesener Gefahren für AnwenderInnen und VerbraucherInnen keine erneute EU-Genehmigung erhalten werden. In Bundesrepublik ließ der Agri-Riese die eigentlich noch bis 2015 gültige Zulassung freiwillig auslaufen. Dafür hat der Multi erst im vergangenen Jahr die Kapazitäten für den Export erhöht - nach Ansicht der COORDINATION GEGEN BAY-

ER-GEFAHREN ein klassisches Beispiel für doppelte Sicherheits-Standards. Bereits 2003 hatte der BAYER-Konzern eine EU-Importzulassung für eine ähnliche Reis-Sorte, LL Reis 62, beantragt - als Tierfutter sowie für den direkten Verzehr. Der Antrag erhielt bei den Abstimmungen im EU-Ministerrat mehrfach keine Zustimmung, der Konzern zog ihn jedoch trotzdem bis heute nicht zurück. Vor drei Jahren hatte die CBG gemeinsam mit GREENPEACE, dem BUND und den Bauern-Veränden Demeter, Bioland und Naturland einen Offenen Brief an Kanzlerin Angela Merkel gesandt und davor gewarnt, dass eine Genehmigung der Einfuhr die Nahrungsmittel-Sicherheit gefährde. Wörtlich hieß es in dem Schreiben: „Der Anbau von LL-Reis führt unweigerlich zur Kontamination und Verdrängung traditioneller Reis-Sorten. Dies hätte ein erhöhtes Schädlingsaufkommen und einen verstärkten Einsatz gefährlicher Pestizide zur Folge“. Und weiter: „Für über 2,5 Milliarden Menschen ist Reis das wichtigste Grundnahrungsmittel. Besonders in Asien droht der Verlust traditioneller, lokal angepasster Sorten, wodurch langfristig die Ernährungssicherheit gefährdet wird. Die Europäische Union darf sich nicht über die

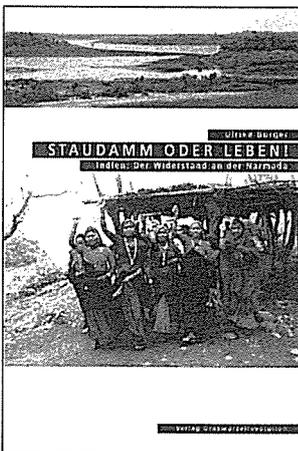
ökologischen und sozialen Risiken von LL-Reis in den potentiellen Anbau-Ländern hinwegsetzen!“.

Durch die faktisch nun vollzogene Schuld-erkennung - offiziell beharrt BAYER weiter darauf, „verantwortlich gehandelt“ zu haben - sind Genreis-Importe in die EU nun noch unwahrscheinlicher geworden. Die CBG wird die Kampagne aber bis zur endgültigen Ablehnung des Zulassungs-antrags fortführen.

### Gentechnik-Jahrestagung

Der Genreis-GAU steht auch auf der Agenda der diesjährigen Jahrestagung der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN. Daneben wird sich die Veranstaltung sich mit der Pflege der politischen Landschaft durch die Gentechnik-Giganten beschäftigen. Unter dem Titel „Die Gentechnik-Mafia - die Seilschaften von BAYER, MONSANTO & Co. findet sie am 5. November ab 9.30h im Düsseldorfer Umweltzentrum auf der Merowinger Straße 88 statt.

# Verlag Graswurzelrevolution



Ulrike Bürger

## Staudamm oder Leben!

Indien: Der Widerstand an der Narmada

222 Seiten, 14,90 Euro  
ISBN 978-3-939045-15-1



Leo Tolstoj, Clara Wichmann, Elisée Reclus,  
Magnus Schwantje u.a.

## Das Schlachten beenden!

Zur Kritik der Gewalt an Tieren.  
Anarchistische, pazifistische,  
feministische und linkssozialistische  
Traditionen

192 Seiten, 14,90 Euro  
ISBN 978-3-939045-13-7



## Graswurzelrevolution

Die Monatszeitung für eine gewaltfreie,  
herrschaftslose Gesellschaft

Jahresabo (10 Ausg.) 30,00 Euro  
Schnupperabo\* (3 Ausg.) 5,00 Euro Vorkasse  
Auslandsabo 40,00 Euro  
Förderabo 55,00 Euro

\* Verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo.  
Kündigung jederzeit möglich.

# Brände stoppen!

Um die Brandstifter in Kalimantan effektiver zu stoppen, brauchen wir Ihre Unterstützung

Ich will mithelfen!

Ich möchte ROBIN WOOD unterstützen, um den Topenwald auf Kalimantan vor den Brandstiftern und den Landräubern der Palmölkonzerne zu schützen.

Ich möchte das aktuelle ROBIN WOOD Magazin kostenlos als Probeexemplar bestellen.

Ich möchte das Magazin abonnieren.

Ich möchte das Magazin verschenken.

Ich möchte regelmäßig spenden.

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

ROBIN WOOD e.V.  
Geschäftsstelle  
Postfach 10 21 22

28021 Bremen

Kampagne erfolgreich:

# Keine Kohlekraft für BAYER



Proteste gegen das geplante Kohlekraftwerk

BAYERs Chemie-„Park“ in Krefeld muss ohne neues Kohlekraftwerk auskommen. Der Energie-Versorger TRIANEL beugte sich dem Druck der Öffentlichkeit und entschied sich für eine umweltschonendere Variante: ein Gas- und Dampfkraftwerk.

Von Jan Pehrke

4,4 Millionen Tonnen Kohlendioxid im Jahr, 4.000 Tonnen Schwefeloxide und Stickoxide, 400 Tonnen Feinstaub, sechs Tonnen Blei, zwei Tonnen Nickel, eine Tonne Arsen, 600 kg Quecksilber, 500 kg Cadmium und Thallium - das alles und noch viel mehr bleibt den KrefelderInnen erspart. Mitte Juli 2011 gab nämlich das Unternehmen TRIANEL den Verzicht darauf bekannt, auf dem Gelände des Chemie-„Parks“ von BAYER ein Kohlekraftwerk zu errichten. Damit beugte sich die

GmbH, ein Zusammenschluss von Stadtwerken, kommunalen und regionalen Energie-Versorgern, dem Druck der Öffentlichkeit.

Eine breite Allianz hatte sich zusammengefunden, um den Bau der Dreckschleuder zu verhindern, die BAYERs Tochter-Gesellschaft CURRENTA betreiben und unter anderem das Werk des Chemie-Multis mit Strom versorgen sollte. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) gehörte dem Verbund ebenso an wie der

NIEDERRHEINISCHE UMWELTSCHUTZ-VEREIN, weitere lokale Bürgerinitiativen, der BUND und eine ÄrztInnen-Vereinigung. Auch der Stadtrat sprach sich gegen das Vorhaben aus. Sogar aus Nachbar-Kommunen wie Düsseldorf und Duisburg regte sich Widerstand.

Immer wieder rief das Bündnis zu Demonstrationen in Krefeld auf. Zudem beteiligten sich die CBG, andere Initiativen und Privatleute an dem Genehmigungsverfahren und legten der Bezirksregierung Ein-

wendungen vor. Auf über 20.000 belief sich ihre Zahl am Ende. Auch auf die Tagesordnung der BAYER-Hauptversammlungen kam das Thema immer wieder. Aber wenn der Leverkusener Multi sich nicht gleich von aller Verantwortung lossagte und auf TRIANEL als Ansprechpartner verwies, pries er das „hochmoderne Kraftwerk“ in den ökologischsten Tönen und drohte mit Arbeitsplatz-Verlusten, falls es nicht ans Netz gehe. Ein Bündnispartner für diese Betonkopf-Politik fand der Konzern in der Gewerkschaft IG BERGBAU, CHEMIE UND ENERGIE (IG BCE), die auf das Drohszenario ansprang und bei Regionalratssitzungen und anderen Gelegenheiten Stimmung für die Steinzeit-Technologie „Steinkohle“ machte.

Bei TRIANEL jedoch zeigte die Kritik Wirkung. Die Stadtwerke von Dachau verließen den Verbund sogar wegen des in Krefeld geplanten Kohlekraftwerkes. Und als die Bundesregierung ihr neues Energiekonzept veröffentlichte, das stärker auf regenerative Energien setzte, kippte die Stimmung endgültig. „Gesellschafter votieren für Wechsel von Kohle auf Gas“, gab der Versorger am 7. Juli 2011 bekannt. Zeitdruck führte er als offizielle Begründung an. Das Unternehmen glaubte nicht mehr daran, den Bau rechtzeitig bis zur 2017 vorgesehenen Stilllegung der beiden alten BAYER-Kohlekessel im Chemie-„Park“ abschließen zu können. Offenbar rechnete es mit vielen Verzögerungen im Planungsprozess durch die zahlreichen Einwendungen und den politischen Druck der KraftwerksgegnerInnen.

Für das anstelle des Klimakillers projektierte Gas- und Dampfkraftwerk reichte TRIANEL bereits Ende August 2011 erste Unterlagen für ein Genehmigungsverfahren ein. Allerdings ließ der Konzern sich ein Hintertürchen offen. „Trotz optimaler

Ausrichtung des Konzeptes auf die Anforderungen der Energiewende sind aufgrund der hohen wirtschaftlichen Unsicherheiten bis zur erfolgreichen Realisierung des GuD-Kraftwerks noch etliche Steine aus dem Weg zu räumen“, erklärte der Manager Martin Hector. Zur Beseitigung der Hindernisse spekuliert er wie andere aus der Branche auf finanzielle Hilfe aus Berlin, und um die Bedürftigkeit zu unterstreichen, will TRIANEL den Antrag zum Bau des Kohlekraftwerkes vorerst nicht zurückziehen.

CURRENTA-Chef Stefan Dresely kündigte ebenfalls einen Plan B, ein BAYER-eigenes Kraftwerk, für den Fall an, dass der Stadtwerke-Verbund das GuD-Kraftwerk nicht realisiert. Nur zähneknirschend akzeptierte er die Krefelder Energie-Wende. „Da sich die wirtschaftlichen und energie-

### **Die CBG begrüßt das GuD-Kraftwerk als Brückentechnologie, kritisiert aber die Dimensionen**

politischen Rahmenbedingungen in den vergangenen Monaten sehr stark verändert haben, verstehen wir die Entscheidung von TRIANEL“, gab Dresely zu Protokoll. Kein Verständnis hätte der Leiter des Chemie-„Parks“ allerdings für höhere Preise: Er erhebt auch für die Zukunft Anspruch auf eine Strom- und Dampfversorgung zu wettbewerbsfähigen Bedingungen.

Trotz aller noch vorhandenen Unwägbarkeiten dürfte das Gas- und Dampfkraftwerk jedoch kommen. Dennoch liegt damit noch längst nicht alles im grünen Bereich. Die Anlage ist nämlich deutlich überdimensioniert. Sie kann bis zu 1.200 Megawatt Strom erzeugen - 450 Megawatt mehr als das ursprünglich avisierte

Kohlekraftwerk und deutlich mehr, als der Chemie-„Park“ braucht. TRIANEL betont zwar, noch keine endgültige Entscheidung über die Kapazität getroffen zu haben und eine Leistung zwischen 800 und 1.200 Megawatt anzustreben, aber mehr als genug wird es auf jeden Fall sein. Der Konzern verfolgt offenkundig die Strategie, über die Massenproduktion den Wettbewerbsnachteil von GuD-Kraftwerken gegenüber Kohlekraftwerken wettzumachen.

Dadurch nimmt er auch einen höheren Ausstoß des klimaschädigenden Kohlendioxids in Kauf. 2,8 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> - rund 60 Prozent des Kohlekraftwerk-Wertes - muss der Himmel über Krefeld verkraften, sollte TRIANEL die Anlage auf 1.200 Megawatt fahren. Und noch ein anderer ökologischer Vorteil des GuD-Kraftwerks schwände dahin: der technisch mögliche Wirkungsgrad von 90 Prozent. Dieser ergibt sich nämlich nur dann, wenn die Fertigungsstätten von BAYER & Co. den bei der Stromerzeugung anfallenden Dampf energetisch nutzen können, und das können sie bei einem 1.200-Megawatt-Kraftwerk nicht. Die überschüssige Prozesswärme ginge dann in den Rhein und würde dort für eine dem Ökosystem „Fluss“ abträgliche Aufheizung sorgen.

Darum begrüßt die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN zwar das GuD-Kraftwerk als Brückentechnologie hin zu einer wirklich umweltschonenden Stromerzeugung, kritisiert aber die Dimensionen. Zudem verlangt die CBG von BAYER selber eine Kehrtwende in der Energie-Politik. Sie fordert den Multi auf, den Anteil der regenerativen Energien am Strom-Mix drastisch zu erhöhen und auf energie-intensive Produktionen zu verzichten.

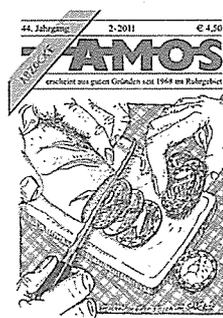
**AMOS** erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet. **AMOS** ist eine der wenigen noch präsenten Publikationen aus dem herrschaftskritischen, linken sozialprotestantischen Zusammenhang der letzten Jahrzehnte und der Gegenwart – regional und global, interreligiös, ökumenisch, im konziliaren Prozess auf dem Weg zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

**AMOS** bringt alle drei Monate 24 Seiten kritische Blicke auf unsere Gegenwart, auf die wichtigen sozialen und kulturpolitischen Themen, geschrieben von kompetenten Autorinnen und Autoren.

**AMOS** wird herausgegeben von Wolfgang Belitz, Hartmut Dreier, Rolf Euler, Friedrich Grotjahn, Rolf Heinrich, Ute Hüttmann, Wolf-Dieter Just, Jürgen Klute, Carl-D.A. Lewerenz, Axel Lippek, Heinz Listemann, Anna Musinszki, Hermann Schulz, Renate Wangelin. Manfred Walz zeichnet für jedes Titelblatt ein Original.

[www.amos-zeitschrift.de](http://www.amos-zeitschrift.de)

Kostenloses Probeexemplar oder Abo bestellen per Post:  
AMOS-Redaktion, c/o Hartmut Dreier, Schumannstr. 6, 45772 Marl  
Das Jahres-ABO kostet 18 € für vier Ausgaben (inkl. Versand).



## BAYERs Müllmitverbrennung

# Abfallprodukt Strom



BAYERs neuester Energieträger: Müll

*BAYER nennt es die „thermische Verwertung“ von Abfällen - andere die schmutzigste Art der Energie-Erzeugung: die Müllmitverbrennung.*

*Von Jan Pehrke*

Strom muss für den Leverkusener Multi vor allem eines sein: billig. Die Risiken und Nebenwirkungen seiner Erzeugung sind ihm egal. Angesichts der Energiepreise drohte der Konzern sogar schon, „seine Produktion in Länder mit niedrigeren Energiekosten zu verlagern“. Einstweilen schaut er sich allerdings noch vor

der eigenen Haustüre nach preiswerteren Quellen um. Dabei ist er vor geraumer Zeit auf den Müll gestoßen. Momentan plant die 60-prozentige BAYER-Tochter CURRENTA, welche die Chemie-„parks“ betreibt, im Krefelder Industrie-Kraftwerk vermehrt Abfälle anstelle von Steinkohle zu verfeuern. Das Unternehmen will den

Anteil in den Kesseln aus Kostengründen auf 25 Prozent steigern und 16.000 Tonnen Müll als „Ersatzbrennstoff“ verwenden. So können diese dann auch die vermehrt anfallenden Toluylendiisocyanat-Rückstände aufnehmen, die durch die anvisierte Erweiterung der Produktion (siehe S. 4) entstehen. Im Genehmigungsantrag

hat der Multi das Kraftwerk neben Müllverbrennungsanlagen als Bestimmungsort für die TDI-Reste ausdrücklich genannt. Im Jahr 2009 nutzte das Unternehmen in Krefeld bloß rund 10.000 Tonnen flüssige Kohlenwasserstoffe energetisch und 2003 gar nur 92,3. Im Pharma-Werk Bergkamen verbrannte der Konzern 2009 1.760 Tonnen Lösemittel und andere Flüssigkeiten. Die gleichen Reste fanden auch den Weg in die Wuppertaler Abgas-Reinigungsanlage.

An Standorten außerhalb Nordrhein-Westfalens dürfte BAYER ebenfalls auf den Energie-Träger „Müll“ setzen; Daten darüber veröffentlichen die zuständigen Umweltämter allerdings nicht. Dem neuesten Nachhaltigkeitsbericht zufolge bereitet der Multi 31 Prozent seiner 809.000 Tonnen Abfälle wieder auf, und der „thermischen Verwertung“ kommt dabei neben der stofflichen eine immer größere Rolle zu. 188 Gigawatt-Stunden Strom pro Jahr erzeugt der Global Player auf diese Weise - ca. 0,8 Prozent des Gesamtbedarfs.

Damit steht der Pharma-Riese nicht allein. Allein in Nordrhein-Westfalen verheizen derzeit rund 200 Zementwerke, Fertigungsstätten, Feuerungsanlagen, Biomasse-Betriebe und Kohlekraftwerke Reststoffe. Kapazitäten für 5,1 Millionen Tonnen stellen sie dafür insgesamt bereit und reichen damit fast schon an die 6,8 Millionen der Müllverbrennungsanlagen heran. Der große Aufschwung begann 2005; in diesem Jahr trat das Deponierungsverbot für unbehandelte Abfälle in Kraft. Das führte zu einem „Entsorgungsnotstand“, der einen Bauboom von Müllverbrennungsanlagen und Müllkraftwerken nach sich zog und die Mitverbrennung von Resten in Industrie-Anlagen förderte. Auf allen drei Feldern mischt der Global Player kräftig mit. Er plant derzeit in Brunsbü-



Das Krefelder Kraftwerk

tel und Dormagen Müllkraftwerke (SWB 1/08) und will nicht nur mehr Abfälle verfeuern, sondern auch das Fassungsvermögen der Leverkusener Müllverbrennungsanlage von 80.000 Tonnen auf 120.000 Tonnen erhöhen.

### Wirtschaftsgut Müll

Mit dem Deponierungsverbot verlängerte sich die Wertschöpfungskette des Mülls. Er mutierte zur Ware einer vermeintlich nachhaltigen Ökonomie, die gute Geschäfte verspricht. Wahlweise hieß er jetzt „Ersatzbrennstoff“, „Sekundär-Rohstoff“ oder schlicht „Nebenprodukt“ und ging entweder in die „thermische Verwertung“ oder die stoffliche. Die Industrie machte sich daran, die Entsorgung zu entsorgen - „Kreislaufwirtschaft“ lautete das Gebot der Stunde. Aber eine runde Sache wurde das Ganze nicht. So überfällig der Verzicht auf die Deponierung von unbehandelten Abfällen war, so fragwürdig

erscheinen die entwickelten Alternativen. Die unzähligen neuen Müllschlucker ließen die Rückstände zur Mangelware werden, die einer besonderen Pflege bedurfte. Darum drang der mit einem BAYER-Vertreter bestückte „Dialog Wirtschaft und Umwelt NRW“, der zu Zeiten von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers über einigen Einfluss verfügte, vehement darauf, auf Müllvermeidungskonzepte zu verzichten. Und auf europäischer Ebene erreichte der Lobby-Einsatz der Konzerne die Promovierung des Mülls zu einem ganz normalen Wirtschaftsobjekt, das keiner Handelsbeschränkung unterliegt. Somit konnten die Unternehmen ihn neue auch in ferneren Ländern akquirieren, um die heimischen Öfen auszulasten.

Darüber hinaus entsprechen die neuen „Verwertungsstellen“ nicht dem Stand der Technik. Die Mitverbrennung von Klärschlamm, Holz, Papier, Altöl und anderen Resten in Industrie-Betrieben erfolgt zu

# express

ZEITUNG FÜR  
SOZIALISTISCHE BETRIEBS- &  
GEWERKSCHAFTSARBEIT

Niddastraße 64, 60329 FRANKFURT  
Tel. (069) 67 99 84  
**express-afp@online.de**  
www.express-afp.info

Ausgabe 7/11 u.a.:

- Stephan Krull: »Zeit, was zu drehen?«, Konferenz mit Kontroversen und Initiativen zur Arbeitszeitverkürzung
- Christoph Lieber: »Marx zurückdenken«, gegen die Apartheid im Denken
- Marcus Singer: »Kapitalismus im Kiez«, Probleme einer BR-Gründung im Festsaal Kreuzberg
- Ralf Willinger: »Deutschland dienen«, zur Bundeswehrwerbung an Schulen
- »Leben in der Lücke«, IG BAU warnt vor Schönfärberei beim Rentenalter
- Karin Zennig: »Gestohlene Revolution?«, Bewegung von unten gegen die Restauration des Regimes in Ägypten
- Kirsten Huckenbeck: »Majestätsbeleidigung: Protest- und Solidaritätskampagne für thailändischen Menschenrechtsaktivisten

○ Ich möchte die nächsten  
4 aktuellen Ausgaben zum  
Preis von 10 Euro (gg. V.k.)

deutlich schlechteren Standards als in Müllverbrennungsanlagen (MVA). Die Öfen kommen nicht auf genügend hohe Temperaturen zur Neutralisierung der Gifte und verfügen über eine oberflächlichere Rauchgas-Reinigung. Darum stoßen Industrie-Kraftwerke wie das von BAYER in Krefeld mehr Dioxine, Furane, Schwermetalle und andere Schadstoffe aus. Das bestätigt eine vom Chemie-Multi selbst um 2005 herum in Auftrag gegebene Studie. „Eine Untersuchung des unabhängigen Instituts für Energie- und Umweltforschung hat gezeigt, dass die technisch aufwendigen Reinigungssysteme in SAVs (Sonderabfall-Verbrennungsanlagen, Anm. SWB) bis zu 500-mal mehr Quecksilber und bis zu 100-mal mehr Chlorkohlenwasserstoff aus dem Rauchgas filtern als industrielle Feuerungsanlagen“, heißt es in einer CURRENTA-Broschüre. Von einem Gramm Quecksilber lässt die hauseigene SAV ganze 0,001 Gramm übrig, vermeldet die BAYER-Tochter stolz, während bei normalen MUVs durchschnittlich 0,015 Gramm zurückbleiben, bei Kraftwerken 0,3 Gramm und bei Zementwerken sogar 0,4 Gramm. Offensichtlich verfolgte das Unternehmen

damals noch die Strategie, auf die Müllwende mit einer Qualitätsoffensive zu reagieren. Heute hingegen baut es die Müllmitverbrennung zur Energie-Erzeugung aus, die eine möglichst effiziente Abfall-Behandlung gar nicht mehr zum Ziel hat. Dreck schlägt nämlich mehr Funken: Je stärker Filter dem Rauchgas zu Leibe rücken, desto mehr schwindet sein energetischer Wirkungsgrad. Abfall-Verwertung und schonender Umgang mit der Natur sind sich also nicht unbedingt grün.

### Widerstand wächst

„Die von CURRENTA großmundig propagierte Linie, mit der Erhöhung der Müllverbrennung werde die Energie-Erzeugung im Unternehmen umweltfreundlicher, entbehrt bei genauem Hinsehen jeder Grundlage“, kritisieren die Krefelder Grünen denn auch das Vorhaben des Multis am Standort, künftig noch mehr Abfälle in die Öfen zu werfen. Die nordrhein-westfälische Minderheitsregierung reagiert ebenfalls. Sie strebt eine Bundesratsinitiative an, um die Vorschriften für die Abfallmitverbrennung in der 17. Bundesimmissionsschutz-Verordnung zu verändern. Die letzte Novelle vom August 2003 hat zwar

die Regelungen für Müll- und Müllmitverbrennungsanlagen angeglichen, aber zahlreiche Ausnahme-Tatbestände geschaffen und die Grenzwert-Einhaltung erst ab einem Abfall-Anteil von 25, 40 oder 60 Prozent (abhängig vom Anlagen-Typ) zur Pflicht gemacht. Darum hatte der „Sachverständigenrat für Umweltfragen“ die Überarbeitung in seinem „Umweltgutachten 2004“ auch kritisiert. „Faktisch bleibt damit die novellierte 17. BImSchV in den Anforderungen an die Mitverbrennung partiell weit hinter den Vorgaben für die reine Müllverbrennung zurück. Der Umweltrat empfiehlt daher, die vollständige Harmonisierung der Anforderungsniveaus von Industrie-Anlagen und Müllverbrennungsanlagen herbeizuführen“, heißt es in dem Dokument. Genau dieser Empfehlung wollen die NRW-KoalitionärInnen jetzt folgen. Ihr Vorstoß dürfte es allerdings schwer haben, denn CDU und FDP lehnen eine Änderung ab. „Die Bundesregierung sieht diesen Regelungsansatz als ausreichend an, um eine umweltverträgliche Mitverbrennung von Abfällen zu gewährleisten“, heißt es in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen. Und BAYER wird diese Meinung sicherlich teilen.

Einzelheft 9,50 €  
Im Abo 6,15/4,70 €

9'11

## Blätter für deutsche und internationale Politik

Jetzt  
kennlernen:  
.....  
2 Monate Probeabo  
für nur 10 Euro  
[www.blaetter.de](http://www.blaetter.de)

**Vereinigte Staaten  
im Niedergang**  
Noam Chomsky  
William Pfaff  
Joseph Stiglitz

**Die todkranke  
Kirche**  
Hans Küng

Europa in der Krisenschleife  
Rudolf Hickel

Schwarz-gelbes Elend  
Christoph Butterwegge

Von Westfalia zu Westfailure  
Ulrich Schneckener

Der Westen  
und die arabische Revolution  
Stefan Weidner

Palästina vor der Unabhängigkeit?  
Tony Klug

Cyberspace als öffentlicher Raum  
Evgeny Morozov



# Vereinigte Staaten im Niedergang?

Noam **Chomsky**, Joseph **Stiglitz**,  
Hans **Küng**, Ulrich **Schneckener**,  
Christoph **Butterwegge**, Tony **Klug**,  
Rudolf **Hickel**, Albrecht **von Lucke**,  
Mely **Kiyak**, Evgeny **Morozov u.v.a.**

**Mehr Informationen zur aktuellen  
Ausgabe auf [www.blaetter.de](http://www.blaetter.de)**

030/3088-3644 | [abo@blaetter.de](mailto:abo@blaetter.de)

LE MONDE *diplomatique*

# ATLAS der GLOBALISIERUNG

spezial

## Das 20. Jahrhundert



### Der Geschichtsatlas

## 100 JAHRE AUF 100 SEITEN

Vom Zerfall der alten Reiche bis zur Emanzipation der Frauen.  
Von der Funktechnik auf Kriegsschiffen bis zur Entschlüsselung  
des menschlichen Genoms. Von den deutschen Kolonialkriegen  
in Afrika bis zur sowjetischen Besetzung Afghanistans.

## DER GESCHICHTSATLAS VON LE MONDE DIPLOMATIQUE

Bestellen: [www.monde-diplomatique.de](http://www.monde-diplomatique.de)  
Oder in Ihrer Buchhandlung  
12 €, 102 Seiten, broschiert,  
über 130 Karten und Schaubilder,  
ISBN 978-3-937683-32-4



**LE MONDE** *diplomatique*  
deutsche Ausgabe

Neues Lifestyle-Präparat

# BAYERs Fett-weg-Spritze



BAYER „heilt“ das Doppelkinn - per Injektion

*Auf der Suche nach neuen Pharma-Märkten ist der Leverkusener Multi nun auf die „ästhetische Medizin“ gestoßen und entwickelt eine Spritze zur Auflösung von Fettzellen. Damit will er einer großen Pein der Menschheit, dem Doppelkinn, zu Leibe rücken und nimmt dafür auch Risiken und Nebenwirkungen in Kauf.*

*Von Gerd Glaeske (Professor am „Zentrum für Sozialpolitik“ der Universität Bremen)*

Seit einigen Monaten laufen bei der BAYER-Tochter INTENDIS Forschungsanstrengungen auf Hochtouren, um in Zusammenarbeit mit der kalifornischen Firma KYTHERA BIOPHARMACEUTICALS eine

Spritze zur regionalen Fettauflösung auf den Markt zu bringen. Dabei geht es vor allem um das Fett unterhalb des Kinns – Doppelkinn wird es typischerweise genannt. Die Substanz ATX-101 soll die kos-

metische Chirurgie an dieser Körperstelle überflüssig machen und das am Doppelkinn vorhandene Fett auflösen.

INTENDIS lässt verlauten, dass es sich bei ATX-101 um ein vielversprechendes

Produkt handele, mit dem man in dem stärker wachsenden Markt der ästhetischen Medizin Fuß fassen wolle. Man erinnere sich: Das ist die Medizin, die – abgesehen von einer in vielen Fällen sinnvollen wiederaufbauenden Chirurgie nach Unfällen oder Operationen – vor allem Fettabsaugung, das Aufspritzen von Lippen oder Busen- und Penisvergrößerung anbietet. Es ist ein Feld, das von vielen Problemen, Zwischenfällen und sogar Todesfällen begleitet wird. Der „Fall Cora“ – die Pornodarstellerin Carolin Wosnitza starb mit 23 Jahren nach Komplikationen bei ihrer sechsten Brust-OP – hat erst kürzlich tagelang für Schlagzeilen gesorgt.

ATX-101 hat medikamentöse Vorläufer mit den Wirkstoffen Phosphatidylcholin (PC) und Deoxycholat (DC). PC ist bei uns als – nur zweifelhaft wirksames – Mittel zur Senkung zu hoher Fettspiegel im Blut bekannt, LIPOSTABIL heißt das Arzneimittel. Injiziert soll es Fett-Embolien verhindern, kommt aber auch als „Fett-weg-Spritze“ zum Einsatz.

Noch im Frühjahr 2010 hatte die US-amerikanische Arzneimittelbehörde FDA vor der „Lunchtime Lipo“, der Fettbehandlung zwischendurch in der Mittagspause, ge-

warnt. Das Mittel war nämlich nie zu diesem Zweck zugelassen worden. Dennoch wurde es ohne Vorbehalte bis 2009 verwendet, als MedizinerInnen in Frankreich erstmals unerwünschte Wirkungen beobachteten: Das Fettgewebe hatte sich infiziert. Die Anwendung des Mittels in die-

**Wo aber bleibt das aufgelöste Fett?**

ser Indikation wurde daher allgemein verboten, erfolgt in Deutschland aber immer noch im Off-Label-Use, also ohne Zulassung für diese Anwendung.

In dem Mittel ATX-101 ist an die Stelle von PC nun DC getreten. Es soll die Fettzellen in kleinen Fettpolstern wie beim Doppelkinn zerstören. Da der Organismus nach der Pubertät (mit sehr seltenen Ausnahmen) keine neuen Fettzellen mehr bildet, können in den behandelten Zonen keine neuen Fettpolster mehr entstehen. Wo aber bleibt das aufgelöste Fett? Kommt es zu Verhärtungen durch das Zusammenklumpen von Fettzellen? Wer will sicher ausschließen, dass ein solches Mittel nicht auch in großen Fett-Arealen genutzt wird, wie zum Beispiel am Bauch? „Umherwanderndes“ Fett könnte Gefäßverschlüsse und Schlaganfälle prozizie-

ren. Es könnte auch zu langfristigen Schäden an den behandelten Haut-Arealen kommen. Nichtsdestotrotz beeilen sich die beteiligten ForscherInnen, ATX-101 als Fortschritt in der ästhetischen Medizin und als erste Injektion für die minimal-invasive Entfernung von Fettablagerungen zu loben.

Die Pharmaforschung scheint in der Krise zu sein, wenn sich eine Firma wie BAYER auf das Feld der ästhetischen Medizin begibt. Mit der „Fett-weg-Spritze“ ist sie auf jeden Fall im Kramladen der ästhetischen Bedürfnisse unserer Zeit angekommen!

*Nachdruck mit freundlicher Genehmigung von Dr. med. Mabuse – Zeitschrift für alle Gesundheitsberufe*

**CBG**  
 Commission pour l'Éthique Médicale  
 Commission nationale pour l'éthique  
 Commission nationale des pratiques de la Santé  
 Commission de santé des pratiques de la Santé  
 Commission nationale des pratiques de la Santé  
 Commission nationale de la Santé

**Mehr als 30000 Zugriffe in der Woche.**

[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)

Die Linke: Zurück zum Kommunismus

**Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.**

WIKILEAKS-ENTHÜLLUNGEN  
SCHOCKEN US-DIPLOMATIE

Berlin kommt am besten durch die Krise

Frühlingsgefühle am Arbeitsmarkt

Linke Gewalt schwer im Kommen

Am Kiosk

Israel: Einzige Demokratie im Nahen Osten

Afghanistan: Karsai legt sich mit dem Westen an

Kein Geld für Krieg

Iran entwickelt Atomsprenkopf

Obama entschärft Atomdoktrin

Bedingt gefechtsbereit

So wird bei Hartz IV abgezockt!

Die Tageszeitung **junge Welt**

Gegründet 1947 · Dienstag, 14. Juni 2011 · Nr. 125 · 1,20 Euro · PVS 10000 · Exportiert

**Keine Bewerte**  
Die Annäherung des Islamisten...  
3 Bewerte hoffen auf Anbiederung

**AKW-Gegner**  
Demonstrationen in Gorbien fordern Abschied vom Gorbien...  
4 Bewerte hoffen auf Anbiederung

**Wahlerfolg**  
Türkei Regierungskoalition erreicht knapp 150 Prozent, verfehlt aber Zwei-drittelmehrheit im Parlament  
6 Bewerte hoffen auf Anbiederung

**Verwirrspiel**  
Debatte über möglichen Opel-Verkauf zeigt: erzieht, auf General Motors...  
9 Bewerte hoffen auf Anbiederung

**Regierungsbildung im Libanon**  
Banan...  
Banan...  
Banan...

**Probeabo**

Bitte schicken Sie mir oder folgender Person die Tageszeitung **junge Welt** für drei Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.

Frau  Herr

Name \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_ CBG \_\_\_\_\_

Straße/Nr. \_\_\_\_\_ PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ E-Mail \_\_\_\_\_

An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 6,00 Euro pro Testabo (bzw. einer Spende in Höhe von \_\_\_\_\_ Euro).

Ja, ich bin damit einverstanden, daß Sie mich zwecks einer Leserbefragung zur Qualität der Zeitung, der Zustellung und zur Fortführung des Abonnements kontaktieren. Der Verlag garantiert, daß die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden. Das Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen (per E-Mail: [abo@jungewelt.de](mailto:abo@jungewelt.de) oder per Post: Verlag 8. Mai GmbH, Abo-service, Torstraße 6, 10119 Berlin). Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_  
Die Belieferung soll ab Montag, den \_\_\_\_\_ beginnen.

**Ich ermächtige Sie hiermit, die Kostenbeteiligung von meinem Konto abzubuchen:**

Kontonummer \_\_\_\_\_

Geldinstitut \_\_\_\_\_ Bankleitzahl \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

Coupon einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin, oder faxen an die 0 30/53 63 55-44  
[www.jungewelt.de/abo/3wochenabo.php](http://www.jungewelt.de/abo/3wochenabo.php) • Abotelefon: 0 30/53 63 55-50

## Trikotsponsor pleite

# BAYER kassiert bis zuletzt



Zwei, denen es momentan nicht gut geht: Michael Ballack und TELDAFAX

Was seit verganginem Jahr durch die Wirtschafts-Presse geisterte, ist nun Gewissheit: die Firma TELDAFAX ist pleite. Rund 750.000 KundInnen müssen die Zeche zahlen. Die BAYER-Fußballtochter hingegen machte bis zuletzt Werbung für den Stromanbieter und erhielt hierfür Millionen-Summen. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) fordert eine Rückzahlung, da dem Konzern die Schieflage des Sponsors seit langem bekannt war.

Von Philipp Mimkes

Nie zuvor hat ein Unternehmen so viele GläubigerInnen hinterlassen: bis zu 800.000. Gemessen an der Zahl der Geschädigten ist der Konkurs des Stromanbieters TELDAFAX die bislang größte Firmenpleite in Deutschland. Mehrere hundert Millionen Euro Schulden häufte das Unternehmen an.

Jahrelang hatte TELDAFAX die Expansion mit Kampfpreisen, die zum Teil unter dem Einkaufspreis lagen, forciert. Zuletzt konnte die Firma die Zahlungsfähigkeit nur noch mit einem Schneeball-System aufrechterhalten: Neue KundInnen mussten ihre Jahresbeiträge per Vorkasse zahlen und finanzierten damit den Stromkauf und

den laufenden Betrieb. Als die Zahl der neu abgeschlossenen Verträge stagnierte, brach das System zusammen.

Bis zuletzt allerdings machte die BAYER 04 LEVERKUSEN FUSSBALL GMBH Werbung für den Stromanbieter. Die Werkself spielte seit dem Sommer 2007 mit dem

Logo des Stromhändlers auf der Brust und erhielt hierfür jährlich rund acht Millionen Euro. Sympathieträger Rudi Völler, Sportdirektor des Bundesliga-Teams, war als „Gesicht“ der Kampagne in Anzeigen und auf der website unter dem Motto „Wechseln is'n ein Klax Mit TELDAFAX“ präsent.

Unterlagen des Insolvenzverwalters zeigen nun, dass die Vereinsbosse frühzeitig über die finanzielle Situation ihres Sponsors informiert waren. Im Juli 2009 schrieben die drei TELDAFAX-Vorstände einen Brief an ihren Aufsichtsrat. Die Schulden lagen schon damals bei rund 150 Millionen Euro. Wenn nicht bald frisches Geld fließe, müsse das Unternehmen sofort Insolvenz anmelden, warnten die ManagerInnen in dem Schreiben, dass der Fußball-Club offenbar kannte.

Zwei Monate später, am 17. September 2009, bat TELDAFAX dann um ein Treffen mit BAYER-Geschäftsführer Wolfgang Holzhäuser. Gegenüber der *Süddeutschen Zeitung* betonte Holzhäuser, dass es sich um „eine Art Kennenlern-Gespräch“ wegen eines Gesellschafterwechsels handelte. Doch die von der Zeitung geprüften

Akten bestätigen dies nicht: Einen Gesellschafterwechsel gab es 2009 gar nicht.

Tatsächlich bestätigen TeilnehmerInnen der Sitzung, dass es um die mögliche Insolvenz ging. Dies erklärt auch, warum Holzhäuser nur fünf Tage später ein Fax an den damaligen Vorstandschef von TELDAFAX, Klaus Bath, sandte und darin eine Änderung des Sponsoren-Vertrags vor-

### **BAYER darf sich nicht auf Kosten von Hunderttausenden StromkundInnen bereichern!**

schlug. Der Verein wollte seinem Sponsor eine Stundung der Zahlungen gestatten und eine Sonderkündigungs-Option einräumen.

Sollte BAYER LEVERKUSEN tatsächlich schon vor zwei Jahren von der bevorstehenden Pleite gewusst haben, so hat der Insolvenzverwalter das Recht, die seit dieser Zeit gezahlten Werbegelder, rund 16 Millionen Euro, zurückzufordern. Nach Insolvenzrecht können nämlich Zahlungen, die bis zu zehn Jahren zurückliegen, ange-

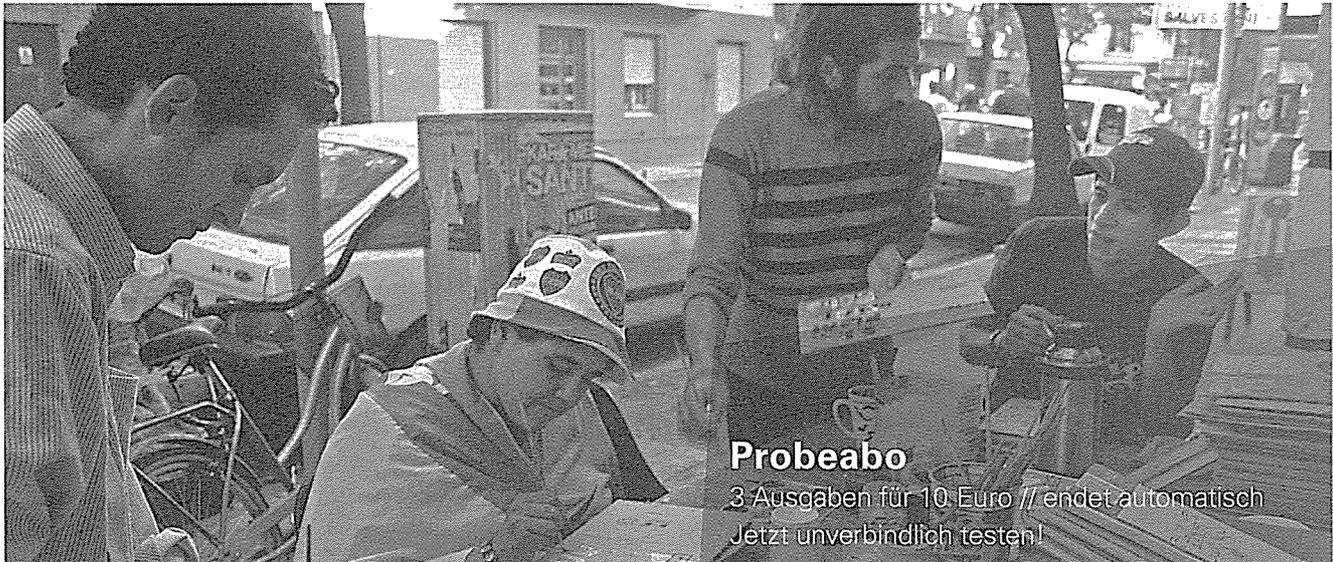
fochten werden, wenn der Empfänger von einer finanziellen Schieflage des Zahlenden weiß.

Um den Verdacht zu entkräften, verbreitet BAYER 04 LEVERKUSEN in Pressemitteilungen, TELDAFAX habe sich korrekt verhalten. Es seien „sogar Zahlungen vor der jeweiligen Fälligkeit geleistet worden“. Dokumente, welche die *Süddeutsche Zeitung* veröffentlichte, belegen jedoch das Gegenteil. Am 15. Oktober 2009 beschwerte sich Wolfgang Holzhäuser in einem erneuten Fax über die Zahlungsmoral des Sponsors: „Da die erste Stundungsvereinbarung aus September 2009 von TELDAFAX nicht eingehalten wurde, sehen wir keine Veranlassung, eine weitere Stundung zu gewähren“.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert eine Rückzahlung der Werbe-Millionen, zumindest für die vergangenen zwei Jahre. BAYER darf sich nicht auf Kosten von Hunderttausenden StromkundInnen bereichern! Sollte eine bewusste Täuschung auf Seiten des Fußball-Vereins vorliegen, so fordert die CBG strafrechtliche Ermittlungen.

## LATEIN AMERIKA NACHRICHTEN

// DIE MONATSZEITSCHRIFT



### **Probeabo**

3 Ausgaben für 10 Euro // endet automatisch  
Jetzt unverbindlich testen!

### **Jeden Monat neu**

Aktuelle Berichte // Analysen // Reportagen //  
Kommentare // Interviews zu Politik, Gesellschaft und Kultur in und aus Lateinamerika

### **Bestellung & Kontakt**

Lateinamerika Nachrichten e.V.  
Gneisenastr. 2a  
10691 Berlin  
E-Mail: [abo@LN-Berlin.de](mailto:abo@LN-Berlin.de)  
Tel: 030 694 61 00  
Web: [www.lateinamerika-nachrichten.de](http://www.lateinamerika-nachrichten.de)

## Die IG FARBEN im Spanischen Bürgerkrieg

## In Treue fest zu Franco



Guernica: Auch das Werk der IG-Brandbombe B1E

*Vor 75 Jahren begann der Spanische Bürgerkrieg. Die von BAYER mitgegründete IG FARBEN ergriff dabei auf allen erdenklichen Wegen Partei für die Putschisten um General Franco, wie die 1966 erschienene Untersuchung „Die Herren Generale“ von Dr. Janis Schmelzer erhellt.*

*Von Jan Pehrke*

Am 17. Juli 1936 erhoben sich die Truppen Francisco Francos gegen die demokratisch legitimierte Volksfront-Regierung. Aber die Bevölkerung setzte sich zur Wehr und verteidigte die Republik. Unterstützung erhielt sie von Freiwilligen aus ganz Europa, während die faschistischen Regime in Deutschland und Italien sich auf die Seite der Putschisten stellten. Hitler sollte sich später damit brüsten, dass es „ohne die Hilfe der beiden Länder (...) heute keinen Franco“ (1) gäbe.

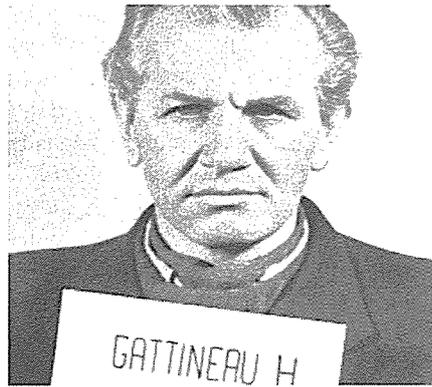
Einen bedeutenden Anteil daran hatte die von BAYER mitgegründete IG FARBEN. Der mit Abstand größte ausländische Investor in Spanien, der im Land 14 Niederlassungen unterhielt, stand den Putschisten treu zur Seite. Die Volksfront, die als Sieger aus den Wahlen im Februar 1936 hervorgegangen war, bereitete dem Konzern nämlich so einige Sorgen. „Von einer ungezügelten Flut sozialer extremer Bestrebungen“ (2) sprach der Bericht „Über soziale Kämpfe der Gegenwart in Spanien“,

knapp sechs Wochen nach dem Erfolg der Koalition aus SozialistInnen, KommunistInnen und RepublikanerInnen verfasst von den IG-Statthaltern in Flix nahe Barcelona. „Die Einführung der Krankenkassen und andere schöne Dinge mehr“ wie die Verkürzung der Arbeitszeit, eine Sozialgesetzgebung und Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit versetzten die ManagerInnen nicht weniger in Unruhe als die Aussicht auf eine Stärkung der Selbstständigkeit Kataloniens.

## Die IG flieht

Bereits unmittelbar nach dem Putsch verließen sämtliche deutschen Angestellten die Niederlassungen in Flix und Barcelona - im Stammland der Volksfront mochten sie sich nicht länger aufhalten. Das Auswärtige Amt hatte, von der „Wirtschaftspolitischen Abteilung“ der IG FARBEN um eine Einschätzung der Situation gebeten, zwar versichert, die Regierungskoalition „sei bemüht, Zwischenfälle zu vermeiden“, aber das beruhigte das Personal offenbar nicht. So begab es sich in die von Franco kontrollierten Gebiete oder „Heim ins Reich“, wobei einige der Beschäftigten als Transportmittel das Panzerschiff „Deutschland“ benutzt haben dürften. Auf solche Vorkehrungen hatte die „Wirtschaftspolitische Abteilung“ gegenüber den deutschen Stellen nämlich gedrungen, weshalb sie nach Spanien vermehren konnte: „Das Oberkommando der Kriegsmarine ist auf die Lage der in Flix befindlichen IG-Herren vom Auswärtigen Amt besonders hingewiesen worden und hat entsprechende Anweisungen an die in Spanien befindlichen Kriegsschiffe gegeben“ (3).

Die 3-köpfige Geschäftsleitung der zur IG FARBEN gehörenden „AGFA-FOTO“-Gesellschaft blieb vorerst. Aber Ende September 1936 beorderte die Zentrale zwei von ihnen in die Heimat zurück. Zwei Wochen später ging auch der Geschäftsführer Enrique Herold, nicht ohne 815.000 Peseten, den Tresor-Schlüssel und wichtige chemische Formeln mitzunehmen. Vorausgegangen waren Auseinandersetzungen mit dem neuen Aufsichtsgremium, welches das katalonische Wirtschaftsministerium geschaffen hatte. Die IG-Manager sahen in dem gewählten Kontroll-Komitee das Schreckgespenst der Kollektivierung aufsteigen, obwohl sich



IG-Manager vor Gericht: Aufnahmen zum Nürnberger Prozess



die Schockeffekte sehr in Grenzen hielten und die angeblich so bösen Geister partout nicht von den guten Geistern verlassen werden wollten. Der nunmehr mit der Leitung des Unternehmens betraute Betriebsrat arbeitete zwar „mit allen Mitteln für die antifaschistische Sache“, warf den Managern in einem Brief aber gleichzeitig vor, „zu einer Zeit, wo es gerade besonders nötig und angebracht gewesen wäre, das neue geschäftliche Leben zu organisieren und aufzubauen“, geflohen zu sein (4). Die Gewinne führte die AGFA-Niederlassung ebenfalls ganz ordnungsgemäß ab.

So war es denn auch weniger der Sozialismus, den das damals größte europäische Unternehmen fürchtete, als vielmehr die Bestimmungen des bürgerlichen Rechtsstaates. Der hatte nämlich ausländischen Firmen schon vor der Volksfront-Zeit verboten, über eine bestimmte Grenze hinaus spanische Firmen aufzukaufen, um die heimische Wirtschaft zu schützen. Darum hatte die IG - wie andere deutsche Konzerne auch - ihren Besitz in dem Land Strohmännern übertragen. Und genau darauf war das Kontroll-Komitee gestoßen. „Das Comité verlangt für heute Auskunft über verschiedene die finanzielle Struktur der

AGFA-FOTO betreffende Fragen“, verlaute aufgeregt aus Barcelona (5). „Da es mit Rücksicht auf mögliche spätere außerordentlich hohe Forderungen des Steuerfiskus vorerst unter keinen Umständen konveniert, zuzugeben, dass sich das gesamte Aktien-Kapital der AGFA-FOTO in den Händen der I.G., also einer ausländischen Firma, befindet“, erhielt Enrique Herold zunächst den Rat, auf Zeit zu spielen. Irgendwann aber wurde der Boden für ihn zu heiß.

Auch aus solchen pragmatischen Gründen schlug sich die IG auf die Seite Francos. Sie leistete ihm auf jede erdenkliche Art Beistand. Die Gesellschaft spendete dem General und seinem Anhang mehrmals Beträge in Höhe von 100.000 Peseten und bedachte dabei militärische Erfolge mit Sonderprämien. Gemeinsam mit SIEMENS und anderen deutschen Unternehmen unterstützte der Mörder-Konzern die „Legion Vidal“, die Sanitätstruppe der Putschisten, und rüstete die Kämpfer aus. „Während der ganzen Dauer des spanischen Bürgerkriegs hat Deutschland und innerhalb Deutschlands 100-prozentig die AGFA es fertiggebracht, Spanien, d. h. die spanische Wehrmacht mit den unbedingt erforderlichen Mengen (...) zu versorgen“, ver-

B U C H T I P P



## Ökologisch, fair ...

... Ihr Einkaufsführer für nachhaltigen Konsum und gutes Leben!

G U T S C H E I N :

... für kostenlose Exemplare, bitte gewünschte Ausgabe(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 1.45 Porto pro Buch an uns senden.

<input type="checkbox"/> Hamburg/Schleswig-Holstein	<input type="checkbox"/> Berlin/Brandenburg
<input type="checkbox"/> Nordrhein-Westfalen	<input type="checkbox"/> Niedersachsen/Bremen

Verlag Das grüne Branchenbuch  
Lasbeker Straße 9 • 22867 Tramsbüttel • Tel. 04532-21402  
Fax: 04532-22077 • www.gruenes-branchenbuch.de  
serv@gruenes-branchenbuch.de

Jetzt NEU für Nordrhein-Westfalen!  
dort wo es Bio-Produkte gibt.

144 Seiten | ISBN 978-3-932310-33-5

kündete der Multi stolz (6). Von Zellwolle für die Uniformen bis hin zu Quecksilber und Experten für den „chemischen Kriegsdienst“ des Francisco Franco lieferte die IG FARBEN alles. Zufrieden meldete der den Schwermetall-Deal betreuende Generalstabsoffizier - und in Diensten der IG stehende - Luis Muntatas seinem Chef: „Dieser Bitte wurde in Deutschland ohne weiteres nachgegeben, weil man es für eine selbstverständliche Pflicht hielt, der Regierung Franco in jeder Weise behilflich zu sein“ (7).

In internen Schreiben rühmten IG-Manager den „vorbildliche(n) Kampfesmut“ der Franco-Schergen und erklärten die Eroberung von Toledo zum „Ruhmesblatt in der Geschichte Spaniens“ (8). Entsprechend unterteilten sie ihre Belegschaft in „gute Elemente“ und „Rote“. Zu diesem Zweck führte die Direktion Fragebogen-Aktionen durch und legte Schwarze Listen an. Auf einer solchen erschien etwa Tomas de V. Gali, der 2. Kommandant des republikanischen Schlachtschiffes „Gravina“, als besonders verdächtige Person. AgentInnen der Geschäftsleitung spürten solche unsicheren Kantonisten auf, von denen es eine ganze Menge gab. Zwei Drittel der Belegschaftsangehörigen standen den Spitzel-

Berichten zufolge auf der Seite der Republik. Diejenigen, „die zur anderen Seite neigen bzw. zu uns halten“, erhielten unter einer Deckadresse Anweisungen zur Sabotage. Sogar in Führungspositionen gelangten die Undercover-Leute: Juan Trilla Buxeda leitete den Betriebsrat. Zudem hatte die IG Nazi-Spione wie Friedrich Lippenheide, Richard Modenhaus, Heinrich C. Langenbein, Rolf Rüggeberg und Albrecht von Koss in ihren Reihen. Insgesamt 104 solcher Personen identifizierte die US-Regierung bei den IG FARBEN, anderen Firmen wie MAN, LUFTHANSA, TELEFUNKEN oder bei den deutschen Konsulaten (9).

### Handfeste Interessen

Dabei trieb nicht einfach faschistisches Kameradschaftsgefühl das Nazi-Regime und seinen größten Konzern an. Hitler und die IG verfolgten vielmehr handfeste Interessen. Sie konnten sich in dem Staat an der Zurückdrängung der „roten Gefahr“ versuchen und sich durch den „Weltkrieg im Kleinen“, wie es ein IG-Manager ausdrückte, auf den großen Waffengang vorbereiten. Spanien bot nicht nur Gelegenheit, die Allianz mit Benito Mussolini zu festigen, es diente auch als Truppenübungsplatz und als Rohstoff-Reservoir für

die deutsche Wehrwirtschaft.

Diese zu stärken, hatte sich der Vierjahresplan von 1936 zur Aufgabe gemacht. Er leitete die Umstellung zu einer Ökonomie ein, die ihren Schwerpunkt auf die Erzeugung von Rüstungsgütern legt und sich unabhängig insbesondere von Rohstofflieferungen aus dem Ausland macht. Die Blaupause für den Plan hatte die IG FARBEN geliefert. Hatte der Konzern in der Anfangszeit des Faschismus noch auf Freihandel gesetzt, so drängte ihn seine Devisen-Knappheit ab 1935, Niederlassungen in Übersee zu schließen und auf einen Autarkie-Kurs zu setzen. Passgenau für ihre Bedürfnisse schneiderten die IG-Experten das Konzept zurecht, das als Grundlage für den Vierjahresplan diente, weshalb er bald „IG-FARBEN-Plan“ hieß. Auch über die Umsetzung wachten zahlreiche, in die neue Vierjahresplan-Behörde abgestellte Konzern-Beschäftigte. So flossen 90 Prozent des Gesamtetats in den Chemie-Bereich und davon wiederum 72,7 Prozent in die eigenen Kassen weiter. Und bei der „Erweiterung des Lebensraums bzw. der Rohstoff- und Ernährungsbasis unseres Volkes“, wie Hitler in seiner Denkschrift zum Vierjahresplan formulierte, kam auch Spanien eine Rolle zu, verfügte das Land doch über wichtige Bodenschätze.

# 2012

Das Magazin der neuen Ära.

Der 21.12.2012 rückt unaufhaltsam näher. Je näher wir diesem von den Maya errechneten Wendepunkt in der menschlichen Geschichte kommen, desto wilder sprießen die Spekulationen der Weltuntergangspropheten. Grund genug für raum&zeit, diesem Angst-Trend solide Information gegenüber zu stellen.

raum&zeit will mit einem Themenheft Aufklärung schaffen:

Was sagt die Wissenschaft zu diesem Datum? Gibt es faktische Hinweise, dass vor oder am Tag der Wintersonnenwende in zwei Jahren ungewöhnliche physikalische oder astronomische Erscheinungen zu erwarten sind? Mit gewohnter Seriosität wird raum&zeit diese und weitere Fragen im Umfeld dieses viel diskutierten Zeitpunkts beantworten. Und damit klar machen: Zu Angst besteht kein Anlass.

Themen:

- Astronomen warnen: Starke Sonneneruptionen und ein schwaches Magnetfeld machen die Erde verwundbar für kosmische Strahlung
- Was sagen die Hopi und die indianischen Schamanen zu 2012?
- Eine mysteriöse Teilchenwelle aus der Mitte unserer Galaxie beunruhigt die NASA-Wissenschaftler
- Gaia, die Erde, sendet uns Überlebensbotschaftern – auch in Form von Kornkreisen
- Wie werden wir 2013 leben?
- Die besten Buch- und DVD- Neuheiten zu 2012

Das Sonderheft ist ab dem  
7. September 2011 am Kiosk



raum&zeit extra 2012 –  
das Magazin der neuen Ära.

Preis am Kiosk: 4,95 €, Schweiz 9,90 CHF, Österreich 5,70 €, Italien/Spanien 6,70 €, Frankreich 6,70 €, BeNeLux 5,85 € raum&zeit Abonnenten: 4,50 €, (Inland portofrei, Ausland zzgl. Versandkosten) Nichtabonnenten: 4,95 € (zzgl. Versandkosten) bei Bestellung im Verlag.

Bestellung im Verlag: ehlers verlag gmbh, Geltinger Str. 14 e, 82515 Wolfratshausen, Tel.: 08171/4184 60, Fax: – 4184 66, vertrieb@ehlersverlag.de (Bei Bestellung im Verlag: Preis zzgl. Versandkosten) Besuchen Sie uns im Internet: [www.raum-und-zeit.com](http://www.raum-und-zeit.com)

### Rohstoff-Reservoir

Ob „wir unsere Hilfeleistungen nach Spanien als erfolgreich oder misslungen bezeichnen können“, machte Johannes Bernhardt als Görings Wirtschaftsstatthalter in dem Land nicht etwa von einem Sieg der Truppen Francos abhängig, sondern ganz profan von der „Lösung oder dem Scheitern unserer Bemühungen im spanischen Bergbau“ (10). Der IG-Direktor Heinrich Gattineau, im Konzern auch Verbindungsmann zur Nazi-Regierung, machte sich gleich im Herbst 1936 auf nach Spanien, um die Lage zu sondieren. Ihn trieb die Sorge um, durch den Bürgerkrieg von der Versorgung mit wichtigen Rohstoffen abgeschnitten zu sein. So warnte er in seinem Reisebericht „vor der sehr gefährlichen Situation, nicht mehr genügend Schwefelkies für die Schwefelsäure-Produktion einführen zu können“. Über die Hälfte des Bedarfs an diesem auch Pyrit genannten Minerals deckte das „Deutsche Reich“ aus spanischen Quellen. Aber die sprudelten entgegen Gattineaus Befürchtungen schon bald wieder. Über 200.000 Tonnen Schwefelkies akquirierten die deutschen Stellen bereits im Oktober 1936. Ein Großteil davon ging an die IG FARBEN; über die Jahre lag ihr Anteil am Gesamt-Import bei 80 Prozent. Auch Wolfram und Eisenerz, das Hitler 1937 in einer Rede als Hauptgrund für das Engagement im Bürgerkrieg genannt hatte, gelangte in ausreichenden Mengen nach Deutschland.

Durch den Rohstoff-Hunger des „3. Reiches“ wandelten sich die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern fundamental. Der Anteil von Schwefelkies, Eisenerz & Co. an den Importen stieg binnen weniger Jahre von 35 auf 80 Prozent und verdrängte landwirtschaftliche Produkte wie Wein und Obst von den Spitzenplätzen - nicht unbedingt zum Gefallen Francos. Auch formell veränderte sich einiges. Das gesamte Ein- und Ausfuhrgeschäft lief über die beiden sich ergänzenden Institutionen HISMA und ROWAK ab, „weil mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des Vierjahresplans eine restlose Erfassung der in Spanien zur Verfügung stehenden und für die deutsche Wirtschaft lebensnotwendigen Rohstoffe und Nahrungsmittel anders nicht gesichert erschien“ (11). Die Putschisten verfügten nämlich nicht über genug Gold- oder Devisenreserven, um beispielsweise Waffen zu kaufen und so etablierte Göring über HISMA/ROWAK ein Tauschsystem, in dem Kriegsgerät etwa gegen Bergbau-Konzes-

sionen verrechnet wurde. Später überschrieb Franco zur Zahlung seiner Kriegsschulden in Höhe von 480 Millionen Reichsmark sogar sechs Minen ganz an seinen Bündnispartner.

Die Monopolstellung der neuen Organisation fand nicht die ungeteilte Zustimmung der IG FARBEN, nicht nur wegen der Vermittlungsgebühr, die für jeden über die Einrichtung abgewickelten Deal zu zahlen war. Der Konzern arbeitete lieber selbstständig. „Die Abteilung Exportförderung versucht zur Zeit, private Verrechnungsgeschäfte ohne Einschaltung der ROWAK/HISMA zustande zu bringen“, heißt es in einem Firmen-Dokument vom Dezember 1936 (12). So hatte Heinrich Gattineau auf seiner Spanien-Reise gleich das Hauptquartier der Franco-Schergen in Burgos aufgesucht, um eigenmächtig über die Lie-

ferung von Stickstoff für den militärischen Bedarf zu verhandeln. Aber es gelang schließlich nicht, die ROWAK dabei zu umgehen, wie auch später kaum. Nur beim Export von Farben und Pharmazeutika in geringeren Mengen konnte das Unternehmen die mächtige Institution außen vor lassen.

### Guernica

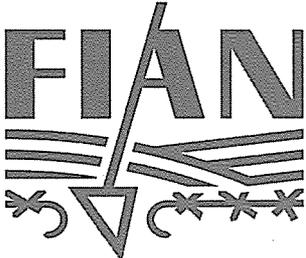
Die bürokratischen Umwege, welche die IG FARBEN gehen musste, beeinträchtigten die Geschäfte indes kaum. Besonders die Nord-Offensive Francos vom Frühjahr 1937, die für immer mit dem Namen „Guernica“ verbunden bleibt, feuerte die Rohstoff-Exporte an, gelang es den Putschisten doch, Kontrolle über bodenschatzreiche baskische Industrie-Regionen zu bekommen. Die Eisenerz-Ausfuhr verdreifachte sich von 1937 auf 1938, während

**Menschenrechtsorganisation FIAN**

925 Mio. Hungernde -  
925 Mio. Menschenrechtsverletzungen

25

Jahre



Food First  
Informations- und  
Aktions-Netzwerk  
[www.fian.de](http://www.fian.de)

## CBG bei der Arbeit



Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) hat bei der Bezirksregierung eine Einwendung gegen das Vorhaben von BAYER, in Dormagen eine neue Anlage zur Herstellung des Kunststoffes TDI zu bauen (siehe auch S. 4) eingereicht. Die CBG hält die Produktion, bei der 60 Tonnen des Giftgases Phosgen, 25 Tonnen Ammoniak, 2.900 Tonnen TDI und mehr als 1.000 Tonnen Dichlorbenzol zum Einsatz kommen, für zu risikoreich. Sie moniert unter anderem das Fehlen von Schutzmaßnahmen wie dem Vorhalten einer Ammoniak-Dampfwand zur Neutralisierung austretenden Phosgens, den zu geringen Abstand der Fertigungsstätte zu Wohnsiedlungen, die mit dem Betrieb verbundenen Umweltbelastungen und die Nicht-Existenz eines „Worst-Case-Szenarios“. Anfang Oktober 2011 wird die Coordination ihre Kritik bei einer öffentlichen Anhörung zum Genehmigungsverfahren vortragen.

## Au weia, BAYER



Großalarm im Berliner Werk von BAYER-PHARMA: Eine „verdächtige Tüte“ in der Postsammelstelle an der Müllerstraße löste einen Polizeieinsatz aus. Aber als KriminaltechnikerInnen diese genauer unter die Lupe nahmen, entdeckten sie darin keine Bombe, sondern nur ein paar alte Bade-Schlappen. Gerade noch mal gutgegangen.

die entsprechenden Lieferungen nach England einbrachen. Auch die Schwefelsäure-Exporte zogen an.

Dafür leistete der Chemie-Verbund Franco beträchtliche Schützenhilfe, denn bei den Luftangriffen der „Legion Condor“ auf Guernica und andere baskischen Städte kam die IG-Brandbombe B1E zum Einsatz. Sie entwickelte beim Einschlag eine Hitze von bis zu 2.400 Grad und entfachte eine Feuersbrunst, der mit Löschwasser nicht beizukommen war. Diese zersetzte sich unter solch hohen Temperaturen sofort in Wasserstoff und Sauerstoff und bildete explosives Knallgas.

Die genaue Zerstörungsleistung - allein in Guernica starben an einem einzigen Tag fast 1.700 Menschen - untersuchten Experten minutiös; Spanien galt den Nazis nämlich auch als gigantischer Truppenübungsplatz. Und „Folgerungen im Hinblick auf einen europäischen Krieg“ ergaben sich gleich mehrere. Die Zivilbevölkerung sei „durch fortdauernde Angriffe kleinerer Einheiten (...) tief beeindruckt und verängstigt“ worden, protokollierten die Berichtserstatter und prognostizierten: „In einem europäischen Krieg können Städte mit Holzfachwerk-Bau durch die Brandbombe angesteckt werden“ (13). Das sollte der Legionsstabschef Wolfram Freiherr von Richthofen mit seinen Spanien-erprobten Geschwadern dann später bei seinen Weltkriegseinsätzen über Wielu, Minsk, Witebsk, Orscha und anderen polnischen oder sowjetischen Städten auch tun.

## Nach dem Bürgerkrieg

Zum Ende des Bürgerkriegs zog die IG eine positive Bilanz. „Die zukünftige Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen Spanien und Deutschland wird positiv gesehen“, heißt es im Report „Spaniens Wirtschaftskräfte“ (14). „Deutschland ist in der Position, spanische Rohstoffe in ansehnlichen Mengen zu importieren“, konstatiert er und macht sich Hoffungen darauf, nicht nur vom Krieg, sondern auch vom Wiederaufbau profitieren zu können. Die große Bedeutung des Landes für Nazi-Deutschland strich im April 1939 noch einmal der IG-Obere Carl Krauch heraus, der in der Vierjahrsplan-Administration inzwischen zum mächtigsten Mann aufgestiegen war. In einem unverhohlenen kolonialistischen Memorandum empfahl er, dass „das Wirtschaftsgebiet zunächst friedlich auf den Balkan und auf Spanien ausgedehnt wird, entsprechend den verbesserten Rohstoff-Verhältnissen unserer Bundesgenossen“ (15).

In der Zeit nach dem Ende des Bürgerkriegs entfaltete die IG FARBEN eine rege Wirtschaftstätigkeit in Spanien. Da der Heimatmarkt kaum noch lukrative Anlagemöglichkeiten bot, suchte sie - wie andere deutsche Konzerne auch - anderweitig nach lohnenden Investitionsobjekten. So nahmen die FLIX-Werke 1941 eine Kapitalerhöhung vor. 1943 wollte die Niederlassung nochmals zunächst von neun auf zwölf Millionen Peseten und dann sogar auf 40 Millionen aufstocken. Die Nazi-Behörden erlaubten das jedoch nicht, zu sehr litt das „Deutsche Reich“ mittlerweile an der Kapitalflucht.

## Nach dem Weltkrieg

Im Zweiten Weltkrieg focht das faschistische Spanien - den bis 1943 an der Ostfront eingesetzten Freiwilligenverband „Blaue Division“ einmal ausgenommen - nicht mit den Achsenmächten. Vom Bürgerkrieg ausgepowert, wahrte es Neutralität, wobei diese sich jedoch - je nach Frontverlauf - mal mehr zu der einen und mal mehr zu der anderen Seite neigte. Ab

## Zeitschrift Marxistische Erneuerung

**2** Vierteljahreszeitschrift  
22. Jahrgang, Nr.87, Sept. 2011, 224 Seiten

### EU-Schuldenkrise

Goldberg – Menetekel Griechenland / Fisahn – EU auf dem Weg in eine autoritäre Wirtschaftsregierung

### Klassen und Krisenbewusstsein

Dörre/Liebig – Sekundäre Ausbeutung, Prekarität, Klassentheorie / Detje/Menz/Nies/Sauer – Ohnmacht und adressatenlose Wut im Betrieb / Speckmann – Verbreitung und Ambivalenz antikapitalistischer Einstellungen / Seppmann – Krisenerfahrung und Widerspruchsbereitschaft

### Politiktheorie

Deppe und Goldschmidt – Politisches Denken im 20. Jahrhundert / Tjaden – Kapitalistische Gesellschaft und Demokratie

### Medien- und Meinungsmacht II: Alternativmedien

Wawzyniak – Neue Medien / Sandoval – Alternativmedien neu definieren / Rilling – LinksNet

### Marx-Engels-Forschung

Müller – Engels versus Marx?

**Und:** Röhr – „Das Amt und die Vergangenheit“ / Sorg – Mario Bunge (I)

**Sowie:** Berichte, Buchbesprechungen

**Z** Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl. Versand) im Abo: 33,50 Euro; Auslandsabo 40,- Euro (4 Hefte/Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 26,50 u. Ausland 34,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4406

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de  
e-mail:redaktion@zme-net.de

1944 wandte das Land sich verstärkt den Alliierten zu und machte auch entsprechende Zugeständnisse wie etwa die Einstellung der Wolfram-Exporte nach Deutschland.

Der Franco-Staat blieb aber immer ein unzuverlässiger Partner. Er konfizierte zwar die Geschäftsvermögen der IG FARBEN und anderer deutscher Firmen auf Geheiß der USA, tat das aber auf eine Weise, die den Schaden in Grenzen hielt (16). Weil das Madrider Außenministerium das wahre Ausmaß des deutschen Firmenbesitzes in Spanien vor den Siegermächten verbarg, vermochte diese nur 27 Prozent der eigentlich angesetzten Summe zu beschlagnahmen. Vor allem sorgte die zuständige Kommission dafür, dass die IG und andere Unternehmen nie ganz den Zugriff auf ihre spanischen Latifundien verloren. Die mit der Versteigerung der Betriebe betraute Bank URQUIJO erteilte nämlich mit Vorliebe spanischen Statthaltern oder früheren Angestellten den Zuschlag. Damit diese Übergabe reibungslos vonstatten gehen konnte, hatte das Außenministerium die Ausweisung nicht weniger deutscher Manager, Politiker oder Spione verhindert. Auch der Spanien-Chef der IG, Ferdinand Birk, verschwand so von der Schwarzen Liste der Alliierten, angelegt, um das Land nicht zu einem Rückzugsort für deutsche Nazis werden zu lassen. Er stieg stattdessen zum Leiter von UNICOLOR auf. Die AGFA-Foto ging an ihren ehemaligen Geschäftsführer Enrique Herold. Der spanische IGLer José Luis Gallego durfte gleich zwei Niederlassungen vorsitzen, während sein Bruder mit finanzieller Hilfe von BAYER und SCHERING das „Instituto Farmacológico Español“ aufbaute.

Die Herren taten alles dafür, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten wieder zu normalisieren. Besonders Birk legte sich mächtig ins Zeug. Er nahm die spanische Staatsbürgerschaft an, stand an der Spitze der deutschen Handelskammer und hielt nicht nur in dieser Funktion die Gemeinde der „MigrantInnen“ zusammen. Die beiden HistorikerInnen Núria Puig und Rafael Castro bezeichnen ihn als „Master of Ceremony“ des Comebacks der deutschen Wirtschaft in dem europäischen Land. Das größte Hindernis dafür wurde 1958 aus dem Weg geräumt. In diesem Jahr schlossen Bonn und Madrid ein Abkommen, das die Rückgabe-Frage klärte und den deutschen Firmen zehn Prozent der nach 1945 konfiszieren Vermögenswerte zurückerstattete. Franco war daran gelegen, Investoren ins

Land zu locken, weshalb er ein Jahr später auch seinen Botschafter austauschte. Neuer Chef-Diplomat wurde mit Luis de Urquijo y Landecheo nicht zufällig der Vizepräsident der URQUIJO-Bank. Die Konzerne ergriffen sofort die Chance und brachten sich nach und nach auch offiziell wieder in den Besitz ihrer Firmengüter. Und so nahmen die IG-FARBEN-Nachfolger unter den größten deutschen Firmen in Spanien bald wieder Spitzenplätze ein. 1972 führte BAYER vor HOECHST die Rangliste an, und nach der AEG und SIEMENS folgte die BASF auf Position fünf.

#### ANMERKUNGEN

- (1) Der Spanische Bürgerkrieg in der internationalen Politik, Hg: Wolfgang Schieder u. Christof Dipper, München 1976, S.15
- (2) Dr. Janis Schmelzer, Die Herren Generale, Halle-Wittenberg, 1966, S. 13
- (3) a.a.O., S. 23
- (4) a.a.O., S. 83
- (5) a.a.O., S. 68
- (6) a.a.O., S. 25
- (7) a.a.O., S. 27
- (8) a.a.O., S. 68
- (9) Robert H. Whealey, Hitler and Spain: The Nazi Role in the Spanish Civil War, Kentucky 2005, S. 144
- (10) Schieder, S. 176
- (11) a.a.O., S. 176



IG-Farben-Freund Franco

- (12) Schmelzer, S. 76f
- (13) Hannes Heer, Straße um Straße, in DIE ZEIT Nr.17 vom 19.04.2007
- (14) Christian Leitz, Economic relations between Nazi Germany and Franco's Spain: 1936-1945, S. 98
- (15) Nuremberg Trials. War Crimes and International Law, Ergänzende Sonderausgabe, Übersetzung aus dem Englischen von Ruth Kempner, Zürich 1951, S. 92
- (16) Zum Folgenden: Núria Puig und Rafael Castro, Changing and Persisting Patterns of International Investment: French and German Capital in Nineteenth- and Twentieth-Century Spain, Business and Economic History online, Volume 4, 2006, S. 18ff

# Antifaschistisches Blatt

# Info

**Nr. 90 | Frühjahr 2011**

## Ausweitung der Kampfzone

Praktische Auswirkungen des Extremismuskonzepts

Kostenloses Probeexemplar:

Antifaschistisches Infoblatt  
Gneisenastr. 2a | 10961 Berlin  
mail@antifainfoblatt.de  
www.antifainfoblatt.de

Einzelexemplar 3,10 Euro  
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

# Große Solidarität: Danke!

Seit März 2011 führt die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) einen dramatischen Kampf um ihre Weiterexistenz. Nicht gegen finstere Mächte, sondern gegen das schwarze Loch dramatisch weggebrochener Finanzmittel. Wie ist der Stand heute? Axel Köhler-Schnura, im Vorstand der CBG verantwortlich für die Finanzen: „Die außerordentlich große Welle der Solidarität macht Mut. Danke! Aber noch ist die CBG nicht gerettet. Wir brauchen mehr Mitglieder und mehr SpenderInnen.“

Auf dem aktuell in vieltausendfacher Auflage gestreuten Rettungs-Flyer der Coordination reißt das helle Licht einer Lampe mit dem CBG-Logo die Liste der Verbrechen des BAYER-Konzerns aus dem Dunkel. Daneben steht in leuchtend gelber Schrift: „KonzernKritik vor dem Aus!“ und darunter der Hilferuf: „CBG braucht 350 neue Fördermitglieder!“ Eine Studentin hat uns diesen dramatischen Appell gestaltet, ohne dafür ein Honorar zu nehmen. Ein Beispiel für die überwältigende Welle der Solidarität, die uns seit Anfang des Jahres in der schlimmsten Existenzkrise unseres Netzwerkes Mut macht.

## Dramatische Einbrüche

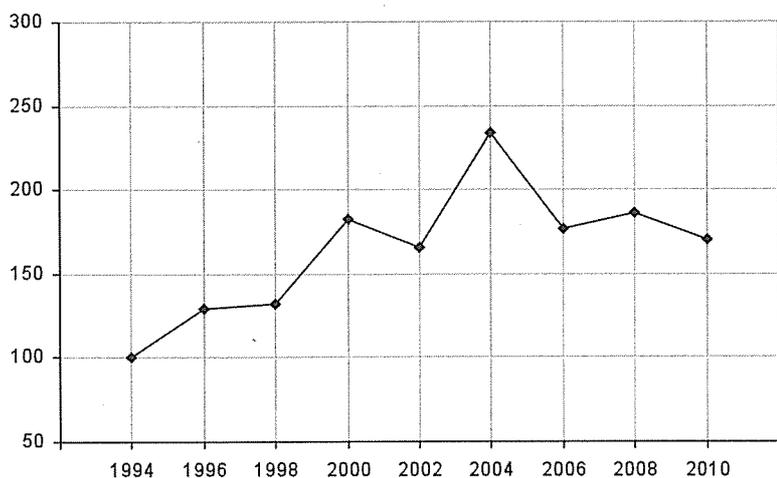
Die CBG ist ein einzigartiges konzernkritisches Netzwerk. Weltumspannend und rund um die Uhr wird von ihr seit 33 Jahren einer der großen globalen Multis, der BAYER-Konzern, unter die Lupe genommen. Mit geringsten Mitteln stellen sich auf dem gesamten Planeten Tausende von Menschen in solidarischem Handeln innerhalb der Zusammenhänge der CBG gemeinsam gegen die Macht der Konzerne und die Willkür des Profits. Die Liste der erungenen Erfolge ist lang und auf un-

serer Webseite spannend dokumentiert ([www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)). So wurde etwa die Errichtung mehrerer gefährlicher Werke verhindert; die gemäß internationaler Übereinkommen verbotene Produktion von chemischen Waffen an das Licht der Öffentlichkeit gebracht und für Opfer gefährlicher Produkte Entschädigung in Milliardenhöhe erzwungen.

Trotz aller Ehrenamtlichkeit und größ-

zeitig erheblich gestiegenen Preisen und Kosten. Wobei die Zuwendungen nicht eingebrochen sind, weil die Zustimmung zur Arbeit der CBG zurückgegangen wäre; nein, die Einnahmen sind geschrumpft, weil die um sich greifende Armut und sinkende Löhne die finanziellen Möglichkeiten der UnterstützerInnen immer mehr haben schrumpfen lassen.

Einnahmen gesamt (ohne Kredite) (in Prozent)



ter Sparsamkeit erfordert unser Konzern-Widerstand finanzielle Mittel. Noch dazu, wo dem Netzwerk auf Grund seiner konsequent konzernkritischen Haltung Zuschüsse und Drittmittel verweigert werden. Die CBG muss jeden Cent selbst beschaffen. Sie ist auf ihre SpenderInnen und Fördermitglieder angewiesen.

Doch in den letzten drei Jahren sind die Einnahmen dramatisch eingebrochen. Im Jahr 2010 waren die zur Verfügung stehenden Mittel nur noch so hoch wie etwa im Jahr 1999 (siehe Schaubild). Bei allerdings gleich-

## Dank für erste Solidarität

Die einzige Rettung, die es für die CBG gibt, sind dauerhafte Einnahmen über Beiträge und andere Zuwendungen. Die CBG braucht zusätzliche Mitglieder und zusätzliche SpenderInnen. Dabei spielen die GarantInnen, also jene Mitglieder, die mit einem jährlichen Förderbeitrag von mindestens 500 Euro die finanzielle Grundlage der CBG „garantieren“, eine herausragende Rolle.

In dem im März 2011 veröffentlichten Hilferuf haben wir die Ziele zur Rettung der CBG benannt:

- Einsparungen durch Streichung von Maßnahmen
- 350 zusätzliche Mitglieder
- 50 neue GarantInnen
- 300 zusätzliche SpenderInnen

Und tatsächlich hat sich in den darauffolgenden Monaten auch bereits sehr viel getan. Unser eisernes Sparprogramm hat gegriffen, vor allem aber hat die große Solidarität dafür gesorgt, dass bis zum 31. Juli bereits etwa 52 Prozent unseres chronischen Defizits gedeckt werden konnten (siehe Schaubild):

- mehr als 100 neue Mitglieder haben sich bei uns eingeschrieben
- bereits 98 neue SpenderInnen unterstützen uns
- 19 neue GarantInnen sind zu uns gestoßen
- viele Mitglieder haben ihre Beiträge erhöht (allerdings mussten auch wieder Mitglieder auf Grund persönlicher Notlagen ihre Beiträge senken)
- einige unserer Sparmaßnahmen haben gegriffen

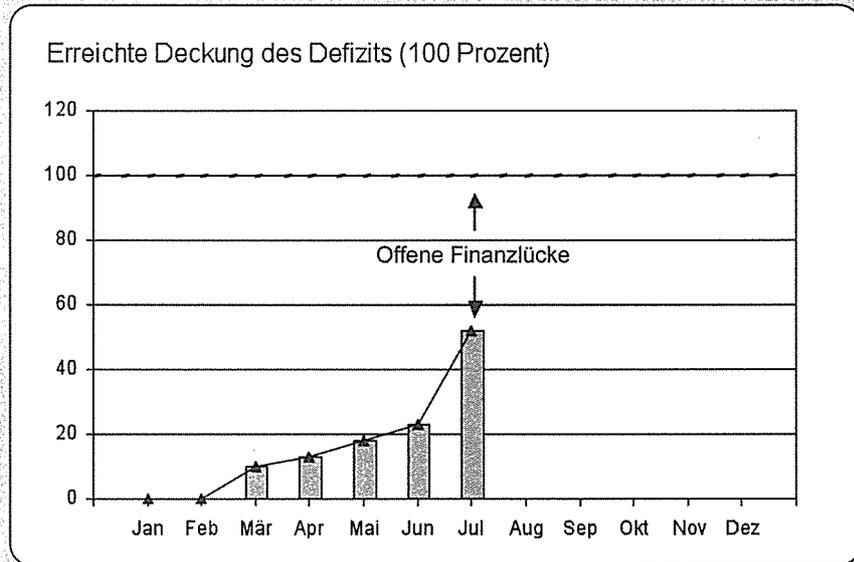
Für die großartige Unterstützung von außerhalb danken wir. Auch im Namen aller AktivistInnen. Dies um so mehr, als wir wissen, wie schwer heutzutage ein Euro zu verdienen ist!

**Weitere Hilfe nötig**

Doch noch gibt es keine Entwarnung. Noch bleibt gut die Hälfte des Weges zurückzulegen, um unsere finanzielle Zukunft zu sichern. Noch müssen wir „betteln“ (wobei uns das bestimmt keinen Spaß macht): Wir brauchen weitere 30 GarantInnen, weitere 250 Mitglieder und weitere 200 neue SpenderInnen.

FreundInnen schon geholfen haben. Doch hoffen wir, mit diesen Zeilen auch Menschen unter unseren AbonnentInnen und FörderInnen zu erreichen, die noch Möglichkeiten haben. Bitte helfen Sie (so Sie es noch nicht getan haben und es Ihnen möglich ist).

Wenn Sie also meinen, dass bei der CBG „das Licht nicht ausgehen darf“,



Wir wissen, dass für viele unserer UnterstützerInnen keine zusätzliche finanzielle Hilfe mehr möglich ist. Wir wissen auch, dass viele unserer

dass KonzernKritik weitergehen muss, und wenn Sie noch über Ressourcen verfügen, dann unterstützen Sie uns bitte.

Werden Sie Fördermitglied, wenn Sie es noch nicht sind.

Erhöhen Sie Ihren Beitrag, wenn Sie bereits Fördermitglied sind.

Werden Sie Garant/In mit einem Beitrag ab 500 Euro, wenn es möglich ist. Helfen Sie mit einer Sonderspende.

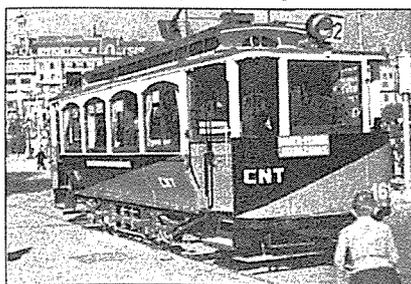
Düsseldorf im August 2011  
Vorstand der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN

Ein Interview von Radio Dreyecksland zur Lage der CBG mit dem Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura ist auf der website des Senders nachzuhören.

([www.rdl.de/index.php?option=com\\_content&view=article&id=14265:Kritik\\_am\\_Bayer\\_Konzern\\_steht\\_vor\\_dem\\_Aus&catid=236&itemid=236](http://www.rdl.de/index.php?option=com_content&view=article&id=14265:Kritik_am_Bayer_Konzern_steht_vor_dem_Aus&catid=236&itemid=236))

**CONTRASTE**

Die Monatszeitung für Selbstorganisation



Von AnarchistInnen kollektivisierte Verkehrsbetriebe in Barcelona

**GESCHICHTE WIRD GEMACHT** Vor 75 Jahren brach der Spanische Bürgerkrieg aus. Eine andere Welt wäre möglich gewesen: Die Kollektivierung in Spanien – Eine Kollektivierung von unten. Frauen im Spanischen Bürgerkrieg. Dossier 1936: Die schwarz-roten Straßenbahnen von Barcelona. Barcelona in Flammen: Innenansichten aus der Spanischen Revolution. Geist der Revolte: Man macht nicht zweimal dieselbe Revolution. Mythos & Hoffnung:

Um Spaniens Freiheit... **YES WE CAMP** 2011: Impressionen aus der »Spanischen Revolution« · Manifest: Democracia Real Ya · Kommentar: Nach dem Überspringen der Funken aus Arabien nach Spanien - Wann sind »wir« endlich soweit? **LOS GEHT'S 2011** Das Hubenthalhof-Experiment **DATENSCHUTZ** Von Zwiebeln und Schnüfflern **DATENBANKEN** Finger weg von meiner DNA! **ZENTREN** Ein Jahr Autonomes Zentrum Köln: Kein Tag Ohne **SERIE** »Die Kinder des Sysifos« 4. Teil: Die Werkstatt hat Kopfschmerzen **KOLLEKTIVE** Kollektiv in die Arbeitsgemeinschaft **u.v.m.**

**Archiv-CD.3 mit »BUNTE SEITEN 2011«**  
siehe: [www.contraste.org/archiv-cd.htm](http://www.contraste.org/archiv-cd.htm)

**Ein Schnupperabo 3 Monate frei Haus gibt es für 5 Euro**  
(Es endet automatisch und muss nicht gekündigt werden. Nur gegen Vorkasse, Schein/Briefmarken/Bankeinzug!)

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V.  
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

**Probelesen: [www.contraste.org](http://www.contraste.org)**

# JAHRESTAGUNG

Samstag, 5. November  
9.30 - 18.00 Uhr

Eintritt frei  
Spende erbeten

# CBG



Coordination gegen BAYER-Gefahren  
Coordinazione contro i pericoli derivanti dalla BAYER  
Coordinadora contra los peligros de la BAYER  
Coordinacao em contra dos perigos da BAYER  
Coordination contre les dangers liés à BAYER  
Coordination against BAYER-Dangers

**JETZT  
ANMELDEN**

## Gentech-Mafia

## Die Seilschaften von BAYER, MONSANTO & Co



Zurück an: Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V./CBG, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fon 02 11 - 33 39 11, Fax 02 11 - 26 11 220

- Ich melde mich hiermit verbindlich an zur Jahrestagung 2011 mit ..... Personen (bitte auch die Namen und Adressen eventueller weiterer Personen angeben / ggfs. auf separatem Blatt)  Private Übernachtung auf Anfrage kostenfrei, preiswertes Hotel-Zimmer auf Wunsch.  
Ich bin Fördermitglied  Ja  Nein
- Ich spende für die Jahrestagung 2011 ..... Euro (Bitte Lastschrift ausfüllen).
- Ich möchte Fördermitglied werden mit einem Jahresbeitrag von ..... (mind. 60 Euro). Im Beitrag ist der Bezug des InfoMagazins STICHWORT BAYER enthalten.
- Bitte schickt mir weitere Informationen.

Name / Vorname Alter

Str. / Nr. PLZ / Ort

Bank

Kto.-Nr. BLZ

[info@CBGnetwork.org](mailto:info@CBGnetwork.org) [twitter](#) [facebook](#) [www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)